



# Sicherheitsrat

Verteilung: Allgemein  
5. September 2025

---

## Frauen und Frieden und Sicherheit

### Bericht des Generalsekretärs

#### I. Einleitung

1. Im Jahr 2000 verabschiedete der Sicherheitsrat unter der Präsidentschaft Namibias seine erste Resolution zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit – ein wegweisender Moment, der nach Ansicht vieler den Höhepunkt eines Jahrhunderts grenzüberschreitender Kampagnenarbeit der Frauenbewegung bildete und ein neues Kapitel eröffnete. Vor dem Hintergrund der Aushöhlung von Demokratien und ständig steigender weltweiter Militärausgaben haben in der Friedenskonsolidierung tätige Frauen sowie Mitgliedstaaten maßgeblich zu Fortschritten in der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit beigetragen, indem sie einen Wandel vorantrieben, den Diskurs mitgestalteten und den Frieden dort förderten, wo er am dringendsten vonnöten war.

2. Diese Fortschritte gehen weit über die vom Sicherheitsrat verabschiedeten Resolutionen und auf nationaler Ebene beschlossenen Aktionspläne oder die in den Hauptstädten der Welt verfassten politischen Erklärungen hinaus. Sie finden sich im erhöhten Zugang von Frauen in Postkonfliktgesellschaften zu Rechten, in der allmählichen Zunahme der Zahl der Frauen, die in Führungspositionen gewählt oder ernannt werden, und in den Gesetzen und Politikmaßnahmen, für die sie sich eingesetzt haben. Ein Wandel zeigt sich auch in der immer umfassenderen Rechtsprechung nationaler und internationaler Strafgerichte zur Geschlechtergerechtigkeit, in der sich verändernden Zusammensetzung von Justiz- und Sicherheitsinstitutionen und in neuen Programmen, die Millionen von Überlebende geschlechtsspezifischer Gewalt unterstützen; Dienste, die es zuvor einfach nicht gab.

3. Geschlechtsspezifische Verbrechen etwa werden nun eingehend von den Vereinten Nationen oder anderen eigens eingerichteten internationalen und nationalen Mechanismen untersucht und dokumentiert, sodass jetzt Verbrechen aktenkundig werden, die früher schweigend übergangen wurden. Mehr Vermittlungsbemühungen der Vereinten Nationen werden von Frauen geführt. Konsultationen mit zivilgesellschaftlichen Frauenorganisationen und der Einsatz von Fachkräften für Gleichstellungsfragen sind zunehmend an der Tagesordnung. An Frauen aus Ländern wie Kolumbien, Liberia und den Philippinen zeigt sich ein wachsender Konsens darüber, dass Friedensabkommen durch die Teilhabe von Frauen mit größerer Wahrscheinlichkeit zustande kommen und länger halten.<sup>1</sup> Von Frauen geführte

---

<sup>1</sup> Jana Krause, Werner Krause und Pila Bränfors, „Women's participation in peace negotiations and the durability of peace“, *International Interactions*, Bd. 44, Nr. 6 (2018).



Initiativen zur Konfliktprävention – von lokalen Mediatorinnennetzwerken in Burundi über Botschafterinnen des Guten Willens in Somalia bis hin zu Lagebesprechungsräumen und „Peace Huts“ in Westafrika – haben den Frieden in ihren Gemeinschaften gestärkt und so lokale Konflikte verhindert, die nie weltweite Aufmerksamkeit fanden. In konfliktbetroffenen Ländern gingen die Müttersterblichkeitsrate und die Quote der Mädchen, die keine Schule besuchen, zwischen 1995 und 2020 stetig zurück, und der Frauenanteil in Parlamenten und Regierungen stieg leicht an. Viele der 113 Länder und Hoheitsgebiete mit nationalen Aktionsplänen zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit (2010 waren es nur 19) haben Zielvorgaben für eine stärkere Vertretung von Frauen in den Bereichen Justiz und Sicherheit aufgestellt oder Rechtsvorschriften auf den Weg gebracht, die die Stärkung der Rechte von Frauen und Mädchen fördern. In aller Welt haben Tausende von Frauen Wiedergutmachung für die von ihnen erlittene sexuelle Gewalt in Konflikten erhalten. Personen, die sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten verübt haben, werden in wachsender Zahl von Gerichten verurteilt oder vom Sicherheitsrat mit Sanktionen belegt und sind zunehmend Gegenstand von Sanktionen durch Regionalorganisationen und einzelne Mitgliedstaaten. Die Teilhabe von Frauen an der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen hat sich seit 2017 mehr als verdoppelt.

4. In einem von wachsendem Autoritarismus, überbordenden Konflikten und Militarisierung geprägten Kontext war im vergangenen Fünfjahreszeitraum (2020 bis 2025) bei vielen Zielen der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit eine Stagnation und sogar eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen. Die politische Polarisierung stellt das multilaterale System nach wie vor auf die Probe und droht Jahrzehnte des Fortschritts zunichtezumachen. Im Zuge der nachlassenden Einhaltung internationaler Normen und Verträge werden Frauen, Mädchen und marginalisierte Gruppen zu den Hauptleidtragenden. Heute sind Frauenrechte und Geschlechtergleichstellung in Gefahr, und selbst Streitigkeiten über längst etablierte geschlechtsspezifische Formulierungen sind nicht nur Ausdruck semantischer Meinungsverschiedenheiten, sondern einer Gegenbewegung, die den Rechtsschutz untergräbt und damit den Weg für tiefere Einschnitte in die Rechte und das Alltagsleben von Frauen und Mädchen überall ebnet. Anfang 2025 meldete nahezu ein Viertel aller Mitgliedstaaten, die sich um die Umsetzung der Aktionsplattform von Beijing bemühen, eine Gegenreaktion auf Frauenrechte.<sup>2</sup> Diese Faktoren führen zu stärkerer Diskriminierung, einem schwächeren Rechtsschutz und einer geringeren Verfügbarkeit von Finanzmitteln für unterstützende Politikmaßnahmen und Programme, darunter eine nicht diskriminierende Versorgung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. 2024 lebten 676 Millionen Frauen und Mädchen im Umkreis von 50 Kilometern um ein tödliches Konfliktereignis – die höchste Zahl seit den 1990er-Jahren.<sup>3</sup> In Afghanistan schreitet die Unterdrückung der Rechte von Frauen und Mädchen in erschreckendem Umfang und Tempo voran. Die schweren Verletzungen der Rechte von Frauen und Mädchen in Haiti, der Demokratischen Republik Kongo, Myanmar, Sudan und dem besetzten palästinensischen Gebiet veranschaulichen die gravierenden Risiken, denen sich Frauen im Umfeld von Krisen gegenübersehen. Dieser Bericht will angesichts des entsetzlichen Ausmaßes der Gewalt Alarm schlagen.

5. Selbst in einer Zeit, in der mehr Bedienstete der Vereinten Nationen denn je getötet oder inhaftiert werden und die Organisation mit einer Haushaltskrise zu kämpfen hat, die sie zwingen wird, mit weniger Mitteln weniger zu erreichen, hält sie entschlossen an ihrem Engagement für Frauen und Mädchen fest. In Afghanistan etwa leisteten die Vereinten Nationen 2024 trotz außerordentlicher und immer schärferer Einschränkungen lebensrettende humanitäre Hilfe für mehr als 9 Millionen afghanische Frauen und Mädchen. Trotz der von

<sup>2</sup> Siehe [E/CN.6/2025/3/Rev.1](#).

<sup>3</sup> Siri Aas Rustad, „Women exposed to armed conflict, 1990–2024“, Gender, Peace and Security Policy Brief (Peace Research Institute Oslo, 2025).

den Taliban als den De-facto-Behörden verhängten Gesetze zur Einschränkung des Bildungszugangs von Frauen und Mädchen konnten Hunderttausende von ihnen über gemeindenahe Angebote Zugang zu Lernmöglichkeiten erlangen, und Millionen erhielten durch von den Vereinten Nationen geförderte Radiosendungen von Frauen für Frauen Unterstützung im Bereich der psychischen Gesundheit und der finanziellen Grundbildung. Den Vereinten Nationen gelang es, Zehntausende von Frauen geführte Unternehmen und Tausende von Frauenorganisationen zu unterstützen. Keine einzige der von den De-facto-Behörden verhängten Einschränkungen der Frauenrechte wurde rückgängig gemacht, doch die Vereinten Nationen blieben vor Ort und erfüllten ihre Aufgaben.

6. Es lassen sich weitere Beispiele anführen, bei denen sich Koalitionen von Interessenträgern, darunter Regierungen, die Zivilgesellschaft und die Vereinten Nationen, erfolgreich für die Rechte der Frauen einsetzten. Vor den Ereignissen von Ende 2024 in der Arabischen Republik Syrien wurde im Nordwesten des Landes ein Gesetzentwurf, der die Frauenrechte eingeschränkt hätte, nach konzertierter Kampagnenarbeit zurückgezogen. In Gambia wurden Bestrebungen, das Verbot der Verstümmelung weiblicher Genitalien aufzuheben, erfolgreich abgewehrt. Länder wie Kolumbien und Sierra Leone erließen Gesetze zur Beendigung von Kinderheirat und zur Förderung der Geschlechtergleichstellung. Mehrere Mitgliedstaaten und Institutionen des Systems der Vereinten Nationen haben energischere Maßnahmen ergriffen, um gefährdete Menschenrechtsverteidigerinnen zu schützen und Mittel für Frauenorganisationen in konfliktbetroffenen Ländern zu mobilisieren. Auch in den zwischenstaatlichen Dialogräumen wurde die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit weiter mit Nachdruck vertreten. Im Zukunftspakt bekräftigten die Mitgliedstaaten ihre langjährigen Verpflichtungen in diesem Bereich. Wie der Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau in seiner Allgemeinen Empfehlung Nr. 40 (2024) über die gleichberechtigte und inklusive Vertretung von Frauen in Entscheidungssystemen klarstellte, bedeutet die Verwirklichung der substanziellen Gleichheit Parität in allen Entscheidungsfunktionen und bei sämtlichen Aspekten, Phasen und Ebenen der Entscheidungsfindung zu Frieden und Sicherheit, was vertrauliche Gespräche und Diplomatie über inoffizielle Kanäle einschließt.

7. Allerdings haben auch 25 Jahre nach dem Beginn unserer gemeinsamen Arbeit zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit in Regierungsgeschäften, Friedensverhandlungen und Sicherheitsinstitutionen noch immer überwiegend Männer das Sagen, deren Rechenschaftspflicht für die Ergebnisse dieser Entscheidungen nur allzu oft begrenzt ist. In der Friedenskonsolidierung tätige Frauen wissen, dass die Welt zum Teil auch deshalb von Konflikten und Gewalt in einem nie dagewesenen Umfang heimgesucht wird, weil das internationale System nicht genügend investiert hat, um das mit Resolution 1325 (2000) des Sicherheitsrats abgegebene Versprechen einzulösen.

8. Die Erstellung dieses Berichts geht zurück auf die Erklärung der Präsidentschaft vom 26. Oktober 2010 (S/PRST/2010/22), in der der Sicherheitsrat Jahresberichte über die Durchführung der Resolution 1325 (2000) ersuchte, die Resolution 2122 (2013), in der der Rat aktuelle Informationen über die Fortschritte, Probleme und Defizite in allen Bereichen der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit anforderte, und die Resolution 2493 (2019), in der der Rat zu verstärkten Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung der Agenda aufrief. Der Bericht gibt nicht nur eine aktuelle Übersicht über die Fortschritte bei der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit, sondern legt auch einen Schwerpunkt auf das Ziel, eine Revolution bei geschlechtsspezifischen Daten zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit herbeizuführen (S/2020/946, Ziff. 113 e)), und zeigt zu diesem Zweck Datenlücken auf und befasst sich damit, wie grundlegend wichtig ein breiterer Zugang zu geschlechtsspezifischen Daten und eine bessere Nutzung dieser Daten dafür sein werden, Muster der Stagnation und des Rückschritts zu durchbrechen und das Potenzial der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit zu verwirklichen. Zudem enthält er

Empfehlungen für Verpflichtungen, die die Mitgliedstaaten eingehen sollten, um bedeutsamere Verbesserungen im Leben von Frauen und Mädchen zu bewirken und der Welt so zur Rückkehr auf einen von Zusammenarbeit und Frieden geprägten Kurs zu verhelfen.

## **II. Ziele für die Dekade für Frauen und Frieden und Sicherheit: geschlechtsspezifische Daten und Analysen zur Verhütung und Bewältigung von Konflikten und Krisen**

9. Aktuelle geschlechtsspezifische Daten von hoher Qualität dienen als leistungsfähiges und notwendiges Instrument für eine fundierte Politikgestaltung, Kampagnenarbeit und Programmplanung sowie für die Überwachung von Fortschritten, Variablen und Trends. Der Bedarf an geschlechtsspezifischen Daten hat in der Debatte zur Umsetzung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit bislang keine größere Rolle gespielt. Aufgrund des Mangels an quantitativen wie qualitativen geschlechtsspezifischen Daten und Analysen sind die gelebten Erfahrungen und Bedürfnisse von Frauen und Mädchen unsichtbar, insbesondere in Konflikt- und Krisensituationen. Das Fehlen einer Geschlechterperspektive zementiert Vorurteile und Diskriminierung bei Entscheidungen, Politikmaßnahmen und Institutionen, was sich an einer Reihe konkreter Beispiele zeigt, darunter schlecht sitzende Uniformen und Schutzausrüstung für Frauen, der Mangel an sicheren Einrichtungen in Vertriebenenlagern, die Platzierung von Wasserstellen an für Frauen und Mädchen riskanteren Orten, die unzureichende Berücksichtigung von Betreuungspflichten und die begrenzte Beachtung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen von Waffen und neuen Technologien. Zudem tun sich viele Akteure, darunter Mitgliedstaaten mit speziellen nationalen Aktionsplänen, schwer damit, die Fortschritte bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen in Bezug auf Frauen und Frieden und Sicherheit zu verfolgen und die entsprechenden Etats und Ausgaben zu überwachen. Lücken bei geschlechtsspezifischen Daten und der allgemeine Mangel an nach verschiedenen Variablen aufgeschlüsselten Daten beeinträchtigen auch die Überwachung der Ziele für nachhaltige Entwicklung und anderer globaler Verpflichtungen. Allerdings waren gewisse Fortschritte zu erkennen: Was den Rahmen globaler Indikatoren für die in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung aufgestellten Ziele und Zielvorgaben für nachhaltige Entwicklung betrifft, so sind jetzt für 63 Prozent der Indikatoren geschlechtsspezifische Daten verfügbar, während es 2015, im ersten Jahr der Umsetzung der Agenda, nur 26 Prozent waren.<sup>4</sup>

10. Mehr Akteure führen in Konflikt- und Krisensituationen geschlechtsspezifische Analysen durch, um Informationen für die Politikgestaltung und Programmplanung zu liefern, unter anderem in Bezug auf Friedenskonsolidierungsinitiativen, Übergangsprozesse und humanitäre Maßnahmen. 2024 nahmen nahezu alle betrachteten Institutionen der Vereinten Nationen geschlechtsspezifische Analysen in der einen oder anderen Form als Informationsgrundlage für ihre Programmplanung vor. Geschlechterbezogene Warnhinweise und Bewertungen aus Kontexten wie Afghanistan, Haiti, Libanon, Myanmar, Sudan, der Ukraine und dem besetzten palästinensischen Gebiet boten tagesaktuelle Momentaufnahmen von den Bedürfnissen und Prioritäten von Frauen, die ihrerseits Informationen für Länderstrategien und humanitäre Maßnahmen lieferten, Finanzierungen anstießen und in zwischenstaatliche Dialoge und Debatten einfließen. Vor dem Hintergrund der sich weiter verschlechternden Lage von Frauen und Mädchen in Afghanistan boten die von der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Stärkung der Frauen (UN-Frauen), der Internationalen Organisation für Migration und der Hilfsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan vierteljährlich veranstalteten Konsultationen Frauen aus verschiedenen Provinzen eine Möglichkeit, ihre

<sup>4</sup> United Nations Entity for Gender Equality and the Empowerment of Women (UN-Women), *Progress on the Sustainable Development Goals: The Gender Snapshot 2025*.

Sichtweisen darzulegen sowie Führungsverantwortung und Handlungsfähigkeit zu zeigen. Zudem nutzten Institutionen wie das Hohe Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) in verschiedenen Situationen partizipative Bewertungen, um vertriebene und staatenlose Menschen jeden Geschlechts und Alters und aus unterschiedlichen Verhältnissen in Analysen und die Gestaltung datengestützter Empfehlungen einzubeziehen, die den Bedürfnissen und Prioritäten von Frauen und Mädchen, die ihre Heimat verlassen haben, angemessener Rechnung tragen.

11. Seit 2015 haben neue Initiativen einen erweiterten Zugang zu Daten und Trendanalysen im Bereich Frieden und Sicherheit ermöglicht. Der Index für Frauen und Frieden und Sicherheit<sup>5</sup> erfasst dauerhaften Frieden in den einzelnen Ländern aus dem Blickwinkel von Inklusion, Gerechtigkeit und Sicherheit für Frauen. Zudem gibt es mittlerweile verschiedene Tracker und Checklisten für Konflikte, bei denen eine ausreichende geschlechtsspezifische Analyse jedoch meist fehlt. Das Datenzentrum von UN-Frauen, das vom Programm „Frauen zählen“ betrieben wird, speichert geschlechtsspezifische Daten, überwacht die Geschlechtergleichstellung im Rahmen der Nachhaltigkeitsziele und überführt die Daten in aussagekräftige Berichte und Ressourcen.<sup>6</sup> In seiner nächsten Phase wird das Programm sein Engagement in humanitären Kontexten und Krisensituationen vertiefen, der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit Priorität einräumen und sich in der Erkenntnis, dass ein Großteil der krisenbezogenen Daten aus nicht traditionellen Quellen stammt, verstärkt um die Nutzung bürgergenerierter Daten, aus neuen Technologien gewonnener Massendaten und anderer innovativer Quellen bemühen.

12. Über verschiedene andere Dateninitiativen konnten wir unser Wissen im Bereich Frauen und Frieden und Sicherheit erweitern. So wurden mit Hilfe des vom Welternährungsprogramm entwickelten integrierten, bereichsübergreifenden Instruments für Kontextanalysen und Risikobewertungen geschlechtsspezifische Schutzrisiken in mehreren von Konflikten und Krisen betroffenen Ländern ermittelt. Die Indikatorenbank für Überwachung und Evaluierung, die der Ständige interinstitutionelle Ausschuss für sein Mindestleistungspaket im Bereich der psychischen Gesundheit und psychosozialen Unterstützung verwendet, unterstützt die Erhebung von Daten und deren Aufschlüsselung nach Geschlecht, Alter und Behinderung als Informationsgrundlage für die Bereitstellung von Diensten für psychische Gesundheit in Notlagen und eine gleichstellungsorientierte Programmplanung. Die von der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO) geleitete Beobachtungsstelle für getötete Journalistinnen und Journalisten liefert aufgeschlüsselte Daten über die Tötung journalistisch tätiger Menschen weltweit. Kanada hat im Rahmen der Elsie-Initiative für die Beteiligung von Frauen an Friedenseinsätzen Forschungsarbeiten zur Eruierung der Chancen und Herausforderungen für Frauen in Uniform finanziert. Mit dem *Essential Gender Data Toolkit for Humanitarian Action* (Grundlegendes Instrumentarium zu geschlechtsspezifischen Daten für humanitäre Maßnahmen) liegt ein zugängliches Kompendium von Ressourcen für die Gewinnung und Nutzung geschlechtsspezifischer Daten in humanitären Situationen vor. Die Interinstitutionelle Arbeitsgruppe zur Interoperabilität von Ausgangsdaten für Bevölkerungs-, Vertreibungs- und Flüchtlingsstatistiken hat die Interoperabilität und Aufschlüsselung krisenbezogener Mobilitätsdaten deutlich verbessert. UN-Frauen hat durch seine koordinierende Rolle bei der Überwachung der vom System der Vereinten Nationen erfassten Indikatoren für Frauen und Frieden und Sicherheit dazu beigetragen, ein umfassendes Bild der allgemeinen Trends zu vermitteln.

13. Aufgrund geringerer verfügbarer Finanzmittel sind die Investitionen in die Datenproduktion und -innovation derzeit beschränkt. Berichten zufolge betrug die bilaterale

<sup>5</sup> Siehe <https://giwps.georgetown.edu/the-index/>.

<sup>6</sup> Siehe <https://data.unwomen.org/>.

Unterstützung der Geber für alle Daten und Statistiken insgesamt etwa 800 Millionen US-Dollar, wovon 122 Millionen Dollar (15 Prozent) auf geschlechtsspezifische Daten entfielen.<sup>7</sup> Unter Beteiligung mehrerer Partner eingeleitete Finanzierungsinitiativen, etwa der Fonds für die Analyse komplexer Risiken<sup>8</sup>, haben sich als wichtiger Unterstützungsmechanismus für geschlechtsspezifische Daten in Krisensituationen erwiesen. Im Einklang mit der Strategie des Generalsekretärs zur Förderung eines durchgängig datengestützten Handelns, das von Erkenntnissen, Wirksamkeit und Integrität geleitet ist, hat der Fonds Innovationen gefördert und die Erstellung neuer Datensätze ermöglicht, unter anderem über das Projekt ACLED (*Armed Conflict Location and Event Data Project*), das Standort- und Ereignisdaten zu gewaltsamen Konflikten erfasst. 2024 lancierte der Fonds seine mit 3 Millionen US-Dollar ausgestattete erste offene Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für geschlechtsspezifische Daten. Über 230 Anträge gingen ein, was die hohe Nachfrage nach fortgesetzten Investitionen verdeutlicht, die in diesem Bereich dringend benötigt werden.

14. Trotz dieser Fortschritte bei der Verfügbarkeit geschlechtsspezifischer Daten auf globaler Ebene behindern Unsicherheit und Zugangsbeschränkungen, geschwächte Institutionen und beschädigte Infrastrukturen, begrenzte Ressourcen und Bevölkerungsvertreibungen allesamt die Datenerhebung.<sup>9</sup> Mehrere von langwierigen Konflikten betroffene Länder müssen mit veralteten nationalen Statistiken, etwa in Bezug auf Bevölkerungsdaten, arbeiten.

15. Eine der kritischsten Lücken betrifft den Mangel an Daten über sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, der durch den begrenzten und nachlassenden Zugang zu Diensten, die auf die Überlebenden ausgerichtet sind, noch verschärft wird. Geringere spezielle fachliche Kapazitäten und Ressourcen stellen eine Herausforderung für die bestehenden Überwachungssysteme und -mechanismen dar, die eingerichtet wurden, um sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten als Verletzung des Völkerrechts zu dokumentieren, was wiederum die Bereitstellung lebensrettender und grundlegender Dienste ebenso wie den Zugang zur Justiz verhindert. In seinem jüngsten Bericht über sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten (S/2025/389) hebt der Generalsekretär die Rolle von Frauenschutzberaterinnen und -beratern bei der Umsetzung der Regelungen zur Überwachung, Analyse und Berichterstattung im Konfliktumfeld hervor. Diese und andere Initiativen, etwa die Partnerschaft zwischen UN-Frauen, dem Hohen Kommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR) und dem Mechanismus für rasche Hilfe im Justizbereich, der Sachverständige entsendet, die im Rahmen von Ermittlungen Verbrechen im Zusammenhang mit geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt, dokumentieren, haben diese Verbrechen ins Licht gerückt. Von entscheidender Bedeutung sind die zusammengetragenen Informationen nicht nur als Beitrag zur Rechenschaftslegung, sondern auch als Grundlage für Präventionsbemühungen und eine evidenzbasierte Erbringung von Leistungen, darunter eine nicht diskriminierende Versorgung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit. 2024 erhielten Einrichtungen, die sexuelle Gewalt und andere Rechtsverletzungen beobachten, jedoch in einigen Situationen keinen Zugang oder konnten aufgrund anhaltender Kampfhandlungen keine Untersuchungen durchführen. Ein weiteres Risiko für diese ohnehin unterfinanzierten Mechanismen, die hauptsächlich außerplanmäßig finanziert werden, sind Mittelkürzungen. In Situationen, in denen Friedenseinsätze von

<sup>7</sup> Die jüngsten Daten zu diesem Thema sind von 2021 und abrufbar unter <https://data2x.org/wp-content/uploads/2024/07/Development-Assistance-Research-Brief-Final.pdf>.

<sup>8</sup> Siehe <https://crafd.io/>.

<sup>9</sup> Auch wurden zahlreiche spezifische Datenlücken gemeldet, unter anderem in Bezug auf den Zugang zu Notdiensten auf dem Gebiet der reproduktiven Gesundheit, die sozioökonomischen Folgen von Krisen für Frauen und marginalisierte Gruppen, Menschen mit Behinderungen in Konflikten und Krisen, die Schnittstellen von Klima, Konflikten und Geschlechterfragen, den Zugang zu Ressourcen und die Verfügungsgehalt darüber sowie Mobilität und Frauen unterwegs.

Übergängen und Personalabbau betroffen sind, ist es besonders wichtig, dafür zu sorgen, dass Regelungen zur Überwachung und Berichterstattung sowie die Zusammenarbeit mit Konfliktparteien weiterlaufen. Bei jeder Erhebung von Daten zu geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich sexueller Gewalt, gebührt ethischen Gesichtspunkten und der Sicherheit der Überlebenden unbedingt Priorität. Dieses Erfordernis verdeutlicht den Wert von Systemen für Verwaltungsdaten im humanitären Bereich, etwa des Informationsmanagementsystems zu geschlechtsspezifischer Gewalt, und den wichtigen Zusammenhang zwischen der Verfügbarkeit von Diensten und der Fähigkeit zur Überwachung von Trends, da die Beobachtung dieser Art der Gewalt nicht den Ethik- und Sicherheitsstandards genügt, wenn die notwendigen Dienste fehlen.

16. Die Beobachtung anderer Menschenrechtsverletzungen, darunter durch Technologie begünstigte Drohungen und Angriffe, die sich gegen Menschenrechtsverteidigerinnen sowie gegen Frauen in der Friedenskonsolidierung und der Politik richten, ist ebenfalls unerlässlich. Der zivilgesellschaftliche Raum wird zunehmend durch Zensur, Überwachung und Belästigung im Netz, insbesondere gegenüber Frauen, eingeschränkt, weshalb digitale Plattformen trotz der damit einhergehenden Risiken oft die letzten verbleibenden Möglichkeiten für Meinungsäußerung und Aktivismus sind. Der gezielte geschlechtergerechte Einsatz von Technologien, Online-Plattformen und künstlicher Intelligenz könnte dazu beitragen, Informationsverzerrungen, Missbrauch im Netz und Belästigung entgegenzuwirken, doch müssen dafür mehr Anstrengungen zur Unterstützung von Frauen in neuen Bereichen wie künstliche Intelligenz und maschinelles Lernen sowie gezielt zur Verknüpfung von Technologien mit der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit unternommen werden. Überregionale Zusammenarbeit, Regulierung und Transparenz sind dringend erforderlich, um sicherzustellen, dass technologische Innovationen auf den Menschenrechten gründen, den zivilgesellschaftlichen Raum schützen und so angelegt sind, dass sie die Geschlechtergleichstellung fördern, anstatt sie zu untergraben. Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein Kernprinzip der UNESCO-Empfehlung zur Ethik künstlicher Intelligenz, der ersten globalen Norm zu diesem Thema überhaupt.

17. Mehr muss getan werden, um vertiefte Datenanalysen zur Teilhabe von Frauen an der Verhütung und Beilegung von Konflikten sowie an Anstrengungen in den Bereichen humanitäre Hilfe, Friedenskonsolidierung und Wiederaufbau zu erstellen. Größere Anstrengungen sind zudem vonnöten, um die Daten zu Frieden und Sicherheit nach Alter aufzuschlüsseln und der Führungsrolle junger Frauen, die in der Friedenskonsolidierung tätig sind, Rechnung zu tragen. Bislang hat das Fehlen systematischer und quantifizierbarer Informationen dazu geführt, dass die Beiträge von Frauen nicht sichtbar waren und nur begrenzt Rechenschaft für die Umsetzung der Verpflichtungen in Bezug auf gleichberechtigte Teilhabe abgelegt wurde. Bemühungen um die Erhebung quantitativer Daten müssen Hand in Hand gehen mit Bemühungen um die Ausweitung qualitativer Daten über Einfluss, Zugang und Wirkung. Dazu gehört auch, informelle und von Frauen geleitete Friedensbemühungen auf Ebene der Gemeinwesen zu berücksichtigen, die nach wie vor nicht ausreichend dokumentiert sind.

18. Partnerschaften mit von Frauen geführten lokalen Organisationen zur Erhebung, Analyse und Nutzung von Daten tragen entscheidend dazu bei, Lücken bei geschlechtsspezifischen Daten zu schließen und so den Repräsentationsgrad von Frauen in Daten und kontextrelevanten Analysen zu erhöhen. Mehrere Institutionen der Vereinten Nationen haben bürgergenerierte und partizipatorische Ansätze zur Erfassung der Meinungen und Erfahrungen betroffener Bevölkerungsgruppen in Konfliktsituationen eingeführt. Zugleich darf die Last der Erhebung und Meldung von Daten über Menschenrechtsverletzungen und -übergriffe sowie der Bedarfsermittlung während eines Konflikts nicht allein der Zivilbevölkerung aufgebürdet werden. Die internationale Gemeinschaft muss die Entsendung von sofort einsatzfähigen Teams zur Erhebung geschlechtsspezifischer Daten unterstützen und die Nutzung



innovativer Lösungen, etwa Satellitenfotografie und andere neue Instrumente, erkunden, um Informationslücken schließen zu helfen, wenn eine herkömmliche Datenerhebung aus Sicherheitsgründen nicht realisierbar ist. Außerdem gilt es in Postkonfliktsituationen, wenn die Dateninfrastruktur zerstört ist, die Kapazitäten lokaler Statistiksysteme als einen wesentlichen Bestandteil des Wiederaufbaus mit Vorrang wiederherzustellen.

19. Wenngleich geschlechtsspezifische Daten zu Konflikten und Krisen spärlich sind und die Datenerhebung nach wie vor ein Bereich ist, in den deutlich zu wenig investiert wird, lassen die vorhandenen Daten und Analysen, wie auch aus diesem Bericht hervorgeht, zutiefst besorgniserregende Trends erkennen. Die Zahlen zu der wachsenden sexuellen Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, den gezielten Drohungen gegen und Angriffen auf in der Politik tätige Frauen und Menschenrechtsverteidigerinnen, der Verletzung der Menschenrechte von Frauen, auch in Bezug auf ihre sexuelle und reproduktive Gesundheit und entsprechenden Rechte, den anhaltenden Hindernissen für die Teilhabe an Friedensprozessen und den Kürzungen der Mittel für Frauenorganisationen, die in Konflikten und Krisen an vorderster Front stehen, dürfen nicht ignoriert werden. Schweigen und Untätigkeit werden dazu führen, dass diese Muster fortbestehen, Frieden noch schwieriger zu erreichen ist und die entwicklungsbezogenen Ziele und Verpflichtungen unglaublich klingen. Politik- und Führungsverantwortliche, Aktivistinnen und Aktivisten und die Medien müssen sich dieser Daten und Erkenntnisse bedienen, um Veränderungen zu bewirken.

### **III. Aktuelle Informationen über Fortschritte, Defizite und Herausforderungen in anderen Bereichen der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit**

#### **A. Die konstruktive Teilhabe von Frauen an Friedensverhandlungen**

20. Die normative Grundlage für die Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen ist stärker denn je. Die Verpflichtung zur Förderung der vollen, gleichberechtigten, konstruktiven und sicheren Teilhabe von Frauen ist mittlerweile fest in einer Vielzahl von Resolutionen des Sicherheitsrats verankert und wird durch die von anderen zwischenstaatlichen Gremien, darunter im Zukunftspakt, angenommenen Ergebnisse verstärkt. Zudem wird sie in regionalen Politikvorgaben und nationalen Aktionsplänen zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit aufgegriffen. Von den 113 bestehenden nationalen Aktionsplänen enthalten 55 Prozent ausdrückliche Verpflichtungen in Bezug auf die Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen und 42 Prozent eine Verpflichtung speziell zur Unterstützung von Vermittlerinnen.

21. Parallel zu den Politikverpflichtungen kamen aus Forschung und Praxis verschiedene Strategien und Ansätze, die zur Förderung der Teilhabe von Frauen und inklusiver Friedensprozesse herangezogen werden können. So wurden in Kolumbien und Südsudan mehrgleisige Prozesse verfolgt, um die direkte Teilhabe zu fördern und die Zivilgesellschaft einzubinden. In der Arabischen Republik Syrien und in Irak haben unabhängige Delegationen und Beratungsgremien eine zentrale Rolle beim Engagement für die direkte und indirekte Teilhabe von Frauen gespielt. In Afghanistan und Jemen sorgten innovative digitale Dialoge und Konsultationen mit dafür, dass die Sichtweisen und Prioritäten von Frauen Gehör finden. Das beim Fonds für Frauen in der Friedensarbeit und humanitären Hilfe eingerichtete Schnellreaktionsfenster zur Förderung der Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen und Friedensabkommen hat die wichtige Rolle gezielter Finanzierungsmechanismen veranschaulicht.



22. Das Gemeinsame Bekenntnis zur vollen, gleichberechtigten und konstruktiven Teilhabe von Frauen an Friedensprozessen<sup>10</sup> wurde bei der offenen Aussprache des Sicherheitsrats über Frauen und Frieden und Sicherheit im Oktober 2024 ins Leben gerufen. Bis September 2025 hatten es 37 Parteien, darunter Mitgliedstaaten, internationale und regionale Organisationen sowie andere Vermittlungsakteure, unterzeichnet, die sich damit zu konkreten Schritten zur Förderung der Teilhabe von Frauen an allen unter ihrer Beteiligung stattfindenden Friedensprozessen verpflichteten. Es wird unerlässlich sein, diese Verpflichtungen institutionell zu verankern. Die Verpflichtung der Afrikanischen Union auf die Entwicklung eines afrikaweiten Politikrahmens, der die Vertretung von Frauen in den von der Afrikanischen Union geführten Vermittlungs- und Friedenskonsolidierungsbemühungen vorschreibt, und die Einbettung des Netzwerks afrikanischer Frauen in der Konfliktprävention und Vermittlung „FemWise-Africa“ in die Friedens- und Sicherheitsarchitektur der Afrikanischen Union veranschaulichen, wie institutionelle Bemühungen in Richtung Gleichstellung gelenkt werden können. Ein weiteres Beispiel für multilaterale Bemühungen in diesem Bereich ist die 2024 verabschiedete Erklärung von Pasay<sup>11</sup>, die messbare Zielvorgaben für die Teilhabe von Frauen an Friedensverhandlungen enthält.

23. Diese erneuerte Schwerpunktsetzung und Zielgerichtetheit führender Vermittlungsakteure ist dringend vonnöten. Die Zahl gewaltsamer Konflikte steigt an, und weniger Konflikte werden mit den in der Charta der Vereinten Nationen vorgesehenen friedlichen Mitteln beigelegt. 2024 verzeichnete das Uppsala Conflict Data Program 61 aktive Konflikte unter Beteiligung von mindestens einem Staat – die höchste Zahl seit Beginn der statistischen Erfassung 1946.<sup>12</sup> Große Konflikte werden zunehmend in geschlossenen und exklusiven Formaten verhandelt, wobei nur Teilvereinbarungen erzielt werden, die häufig speziell Waffenruhen, den humanitären Zugang oder die Struktur künftiger Friedensgespräche betreffen. Herausforderungen bei der Umsetzung und Aufrechterhaltung von Waffenruhevereinbarungen tragen vor dem Hintergrund dessen, dass es keine breiter angelegten, auf dem Völkerrecht und universellen Normen beruhenden politischen Prozesse gibt, zu fortgesetzten Konflikten und humanitären Krisen bei. Da Geschlechterperspektiven zudem eher in umfassenden Friedensabkommen zu finden sind, die erst in einer deutlich späteren Phase des Prozesses zustande kommen, haben die genannten Trends Auswirkungen auf die Wahrscheinlichkeit, dass die Prioritäten und Rechte von Frauen angemessen berücksichtigt werden. Je kleiner der Raum für inklusive und umfassende Friedens- und Politikprozesse ist, desto weniger Möglichkeiten und Einstiegspunkte bestehen für Frauen, Zugang zu den Verhandlungen auf offizieller Ebene zu erlangen und dort etwas zu bewirken. Im Fall Afghanistans waren bei dem Treffen der Sondergesandten mit den De-facto-Behörden am 30. Juni und 1. Juli 2024 in Doha trotz fortwährender Kampagnenarbeit der Vereinten Nationen weder die afghanische Zivilgesellschaft noch überhaupt Frauen anwesend.<sup>13</sup> Ebenso waren Frauen in Jemen und Libyen gänzlich von den offiziellen Delegationen für Waffenruheverhandlungen ausgeschlossen, obwohl sich die Vereinten Nationen und andere Interessenträger um ihre Einbeziehung bemüht hatten.

24. 2024 rief UN-Frauen den Monitor für Frauen in Friedensprozessen ins Leben – eine Initiative mit dem Ziel, sowohl quantitative als auch qualitative Daten über die Friedensbemühungen von Frauen und ihre Einbindung in Friedensprozesse zu erheben und eine große globale Datenlücke zu schließen. Erste verfügbare Daten, die für den Zeitraum von 2020 bis

<sup>10</sup> Siehe <https://peacemaker.un.org/en/thematic-areas/gender-women-peace-security/common-pledge>.

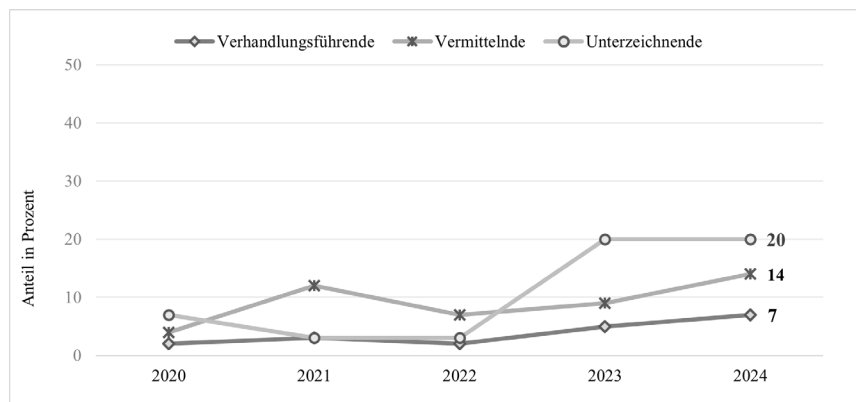
<sup>11</sup> Siehe <https://icwpsmanila2024.com/pasay-declaration/>.

<sup>12</sup> Siehe <https://www.uu.se/en/news/2025/2025-06-11-ucdp-sharp-increase-in-conflicts-and-wars>.

<sup>13</sup> Siehe <https://www.womenpeacesecurity.org/resource/letter-womens-rights-afghanistan-06-2024/>.

2024 erhoben wurden<sup>14</sup>, legen nahe, dass die Vertretung von Frauen als Verhandlungsführerinnen, Vermittlerinnen und Unterzeichnerinnen in wichtigen Friedensprozessen nach wie vor weit unter der Mindestvorgabe der Vereinten Nationen von einem Drittel<sup>15</sup> und dem vom Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau empfohlenen Paritätsziel für Entscheidungsprozesse<sup>16</sup> liegt (siehe Abbildung I). Trotz der je nach Prozess erheblichen Unterschiede sind Frauen häufiger als Vermittlerinnen denn als Verhandlungsführerinnen beteiligt. Insgesamt verharren die Zahlen jedoch auf niedrigem Stand und entsprechen in etwa früheren Datensätzen (1992-2019).<sup>17</sup> 2024 stellten Frauen weltweit im Durchschnitt nur 7 Prozent der Verhandlungsführenden, und an knapp 9 von 10 Verhandlungsrunden waren überhaupt keine Frauen in führender Position beteiligt.<sup>18</sup> Die Vertretung von Frauen in Vermittlungsrollen fiel mit durchschnittlich 14 Prozent etwas besser aus, doch waren Frauen in zwei Drittel der Vermittlungsbemühungen überhaupt nicht eingebunden. Obwohl der Anteil der Frauen unter den Unterzeichnenden von Friedensabkommen 2024 mit 20 Prozent vergleichsweise höher war, blieb der Fünfjahresdurchschnitt mit 11 Prozent niedrig.

Abbildung I  
Teilhabe von Frauen an wichtigen Friedensprozessen weltweit, 2020-2024



Quelle: UN-Women, erste Daten aus dem Monitor für Frauen in Friedensprozessen. Die Daten werden laufend aktualisiert.

Anmerkung: Die Prozentwerte errechnen sich aus dem durchschnittlichen Frauenanteil unter den Verhandlungsführenden/Vermittelnden/Unterzeichnenden im jeweiligen Friedensprozess.

25. Erheblich beeinflusst werden diese Durchschnittswerte durch eine kleine Zahl von Friedensprozessen, insbesondere in Kolumbien und den Philippinen, die den höchsten Grad der Vertretung von Frauen aufwiesen. Diese Prozesse lassen die globalen Durchschnittswerte deutlich ansteigen und verschleiern zugleich die in anderen Kontexten beobachtete

<sup>14</sup> Die hier vorgelegten Zahlen gehen auf erste Daten des Monitors für Frauen in Friedensprozessen zurück. Die Daten werden laufend aktualisiert.

<sup>15</sup> 2023 verpflichtete der Generalsekretär die Vereinten Nationen, dafür einzutreten, dass Vermittlungs- und Friedensprozesse zu mindestens einem Drittel mit Frauen (oder mit höchstens zwei Dritteln eines Geschlechts) besetzt sind, und zugleich weiter auf eine Erhöhung in Richtung der Geschlechterparität in Politik- und Wahlprozessen hinzuwirken.

<sup>16</sup> General recommendation No. 40 (2024) on the equal and inclusive representation of women in decision-making systems.

<sup>17</sup> Siehe <https://www.cfr.org/womens-participation-in-peace-processes/>.

<sup>18</sup> Auf der Basis von 65 Friedensprozessen, die 2024 aktiv waren.

umfassende Ausgrenzung. Mehr an Vermittlungsprozessen beteiligte Akteure sollten die Erhebung und Meldung von Daten institutionalisieren, damit diese breiteren Kreisen zur Verfügung stehen und Veränderungen in Echtzeit anstoßen können.

26. Da der globale Kontext im Bereich Frieden und Sicherheit anspruchsvoller geworden ist und mittlerweile vielfältige regionale, nationale und lokale Akteure an der Friedensschaffung beteiligt sind, ist es, wie der Generalsekretär in dem Gemeinsamen Bekenntnis anerkannte, noch wichtiger, die Barrieren und Herausforderungen für die Teilhabe von Frauen durch ein gemeinsames Vorgehen zu überwinden. 2024 leiteten die Vereinten Nationen vier aktive Friedensprozesse oder waren an deren Leitung beteiligt: die Genfer internationalen Gespräche, zwei Prozesse im Zusammenhang mit Libyen und ein Prozess in Sudan. In drei dieser Prozesse waren zwei Frauen als leitende Vermittlerinnen tätig. Seit 2012 sind in allen Vermittlungsteams der Vereinten Nationen auch Frauen vertreten, deren Anteil zwischen 2023 und 2024 von 40 auf 45 Prozent stieg, und zivilgesellschaftliche Frauenorganisationen werden regelmäßig konsultiert. 2024 unterstützten die Vereinten Nationen zudem zwei Friedensprozesse in Kolumbien<sup>19</sup> und die Verfassungsgebungsprozesse in Somalia und Südsudan und leisteten weiter Unterstützung für die Frauenbeiräte in der Arabischen Republik Syrien und in Irak. Trotz laufender Fürsprache bei den Verhandlungsparteien ist die Steigerung der direkten Teilhabe von Frauen an Delegationen nach wie vor ein schwieriges Unterfangen. In der Verhandlungsführung bei den von den Vereinten Nationen geleiteten, unter ihrer leitenden Mitwirkung durchgeführten oder von ihnen unterstützten Friedens- und Verfassungsgebungsprozessen stellten Frauen 2024 im Durchschnitt nur 18 Prozent der Verhandlungsführenden oder Delegierten und damit weniger als 2023 (19 Prozent) und 2020 (23 Prozent).

27. Größere Anerkennung genießen die Kampagnenarbeit und Friedensbemühungen von Frauen derzeit auf Ebene der Gemeinwesen. In Äthiopien, Kenia und Liberia nahmen in der Friedenskonsolidierung tätige Frauen Einfluss auf Friedensprozesse und -abkommen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.<sup>20</sup> In der Region der Großen Seen konnten sich die Vereinten Nationen, die Afrikanische Union und Frauenorganisationen erfolgreich für die Einbindung von zwei Vermittlerinnen in die gemeinsame Friedensinitiative der Ostafrikanischen Gemeinschaft und der Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika einsetzen. In Sudan unterstützte UN-Frauen die Bildung einer Koalition von in der Friedenskonsolidierung tätigen Frauen und ihre Bemühungen um die Gestaltung einer Friedensagenda, was zu ihrer indirekten Beteiligung an den Friedensgesprächen in Genf im August 2024 beitrug. In allen Regionen haben die Zahl und Reichweite der Netzwerke von Vermittlerinnen weiter zugenommen, auch in Kontexten, in denen Frauen nur begrenzt Zugang zu formellen Prozessen haben. In Côte d'Ivoire deeskalierten Vermittlerinnen über lokale Plattformen Konflikte zwischen Volksgruppen in der Region Cavally, was in die Unterzeichnung eines lokalen Friedensabkommens und erstmals in die Benennung von Frauen als Garantinnen für dessen Weiterverfolgung mündete. 2024 unterstützten UN-Frauen und der Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) 32 Friedenskonsolidierungsprozesse, an denen junge Frauen beteiligt waren.

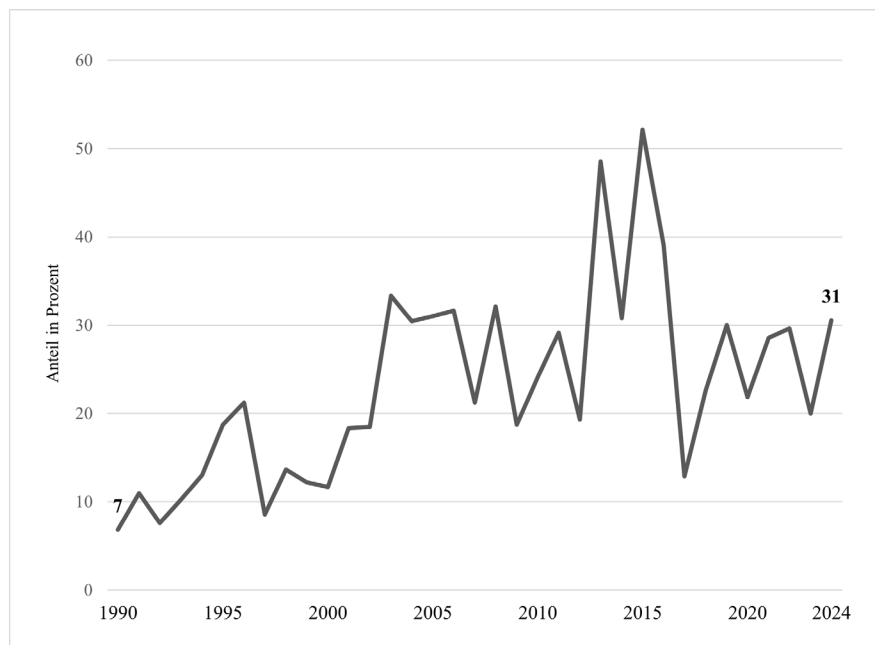
<sup>19</sup> Die Unterstützung durch die Vereinten Nationen ist in erster Linie auf die laufende Durchführung des Endgültigen Abkommens zur Beendigung des Konflikts und zum Aufbau eines stabilen und dauerhaften Friedens gerichtet, das 2016 zwischen der Regierung und den ehemaligen Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia-Ejército del Pueblo (FARC-EP) unterzeichnet wurde, und umfasst auch Unterstützung für Friedensdialoge mit dem Ejército de Liberación Nacional (ELN) und dem Estado Mayor de los Bloques y Frentes (EMBF).

<sup>20</sup> Siehe <https://www.c-r.org/learning-hub/enabling-change-lessons-grant-making-increase-womens-participation-peace-processes>.

28. Elf (31 Prozent) der 36 Friedensabkommen, die 2024 weltweit geschlossen wurden, enthielten mindestens eine Bestimmung, in der auf Frauen, Mädchen, Geschlechterfragen oder sexuelle Gewalt Bezug genommen wurde (siehe Abbildung II). Auch wenn dies einen Anstieg gegenüber 2023 darstellt, sind die Abkommen mit Gleichstellungsbestimmungen auf lediglich vier Prozesse in drei Ländern (Kolumbien, Sudan und Südsudan) beschränkt. Die meisten Bezugnahmen auf Geschlechterfragen in den Jahren 2023 und 2024 entfielen auf die jüngsten Friedensprozesse zwischen der Regierung Kolumbiens und den bewaffneten Gruppen, was zum Großteil darauf zurückzuführen war, dass Frauen von Anfang an im Friedensprozess präsent waren und zur Festlegung seiner Agenda beitrugen. Wenngleich die Teilhabe von Frauen in einigen Abkommen erwähnt wurde, war eine Geschlechterquote nur in dem in Südsudan geschlossenen Abkommen<sup>21</sup> enthalten. Nur zwei der elf Abkommen, nämlich in Kolumbien und in Sudan, nahmen auf geschlechtsspezifische Gewalt Bezug, und in einem Abkommen in Kolumbien wurde auf die Rolle von Frauen bei der Durchführung des Abkommens verwiesen.

Abbildung II

**Anteil der Friedensabkommen mit Bestimmungen speziell zu Frauen, Mädchen und Gleichstellung, 1990-2024**



*Quelle:* PA-X Peace Agreement Database, Version 9. Peace and Conflict Resolution Evidence Platform, University of Edinburgh (abgerufen im Juni 2025).

*Anmerkung:* Die analysierten Daten beziehen sich auf zwischenstaatliche und innerstaatliche Friedensabkommen, mit Ausnahme lokaler Friedensabkommen.

29. 2024 wurden keine Friedensabkommen in Prozessen unterzeichnet, die von den Vereinten Nationen geleitet wurden oder an deren Leitung sie beteiligt waren. Dennoch unterstützte die Organisation weiterhin die Durchführung der Gleichstellungsbestimmungen bestehender Friedensabkommen, etwa in Kolumbien, den Philippinen, Südsudan und der

<sup>21</sup> Siehe <https://www.peaceagreements.org/agreements/wgg/2614/>.

Zentralafrikanischen Republik. Teams der Vereinten Nationen leisteten zudem technische Unterstützung und Beratung zu geschlechtersensiblen Ansätzen für Waffenruheverhandlungen und deren Umsetzung in Kontexten wie Äthiopien und Sudan.

30. Das Wissen und die Instrumente für die Förderung der Teilhabe von Frauen an der Friedensschaffung sind ebenso vorhanden wie die entsprechenden Rahmenbedingungen, und Frauen in konfliktbetroffenen Kontexten können nach wie vor konkrete Empfehlungen und Visionen für den Frieden anbieten. Damit die Teilhabe von Frauen zu einer greifbaren Realität wird, müssen diese Vorschläge von allen Akteuren aufgegriffen werden, die bei Friedensbemühungen Einflussmöglichkeiten haben. Den gewonnenen Erkenntnissen zufolge bedarf es einer stärkeren Rechenschaft und neu ausgerichteter Investitionen in inklusive Friedensprozesse, die über die Bewältigung von Konflikten hinaus an deren Grundursachen ansetzen und auf diese Weise Geschlechtergleichstellung und Gerechtigkeit fördern und das Risiko eines Rückfalls in den Konflikt verringern.

## **B. Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit in der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen im Rahmen der Initiative „Action for Peacekeeping“ (Aktion für Friedenssicherung)**

31. In den Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen hat die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit im letzten Jahrzehnt deutlich an Priorität gewonnen, auch hinsichtlich des Frauenanteils in uniformierten Kräften und in Führungspositionen. Diese Fortschritte wurden von vielen Mitgliedstaaten, ob als Geber oder als truppen- und polizeistellende Länder, begrüßt, die mit überwältigender Mehrheit ihre Unterstützung und ihr Interesse im Hinblick darauf bekunden, die Vertretung der Geschlechter in Friedenssicherungsmissionen ausgewogener zu gestalten und sicherzustellen, dass diese Missionen Dividenden für Frauen und Mädchen erbringen. Diese Unterstützung tritt in jeder Sitzung des Sicherheitsrats zum Thema Friedenssicherung und in anderen zwischenstaatlichen Gremien zutage, darunter bei den jüngsten Ministerialtagungen der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung, bei denen die Mitgliedstaaten fortgesetzt ihre Unterstützung zusicherten und ihr Bekenntnis zur Förderung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit bekräftigten.

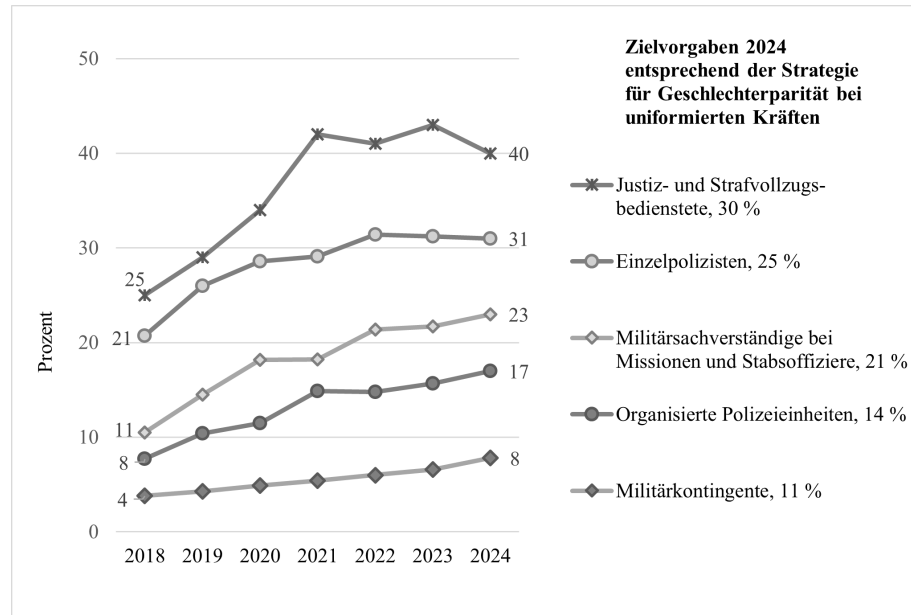
32. Im vergangenen Jahr haben die Friedenssicherungseinsätze dieses Bekenntnis weiter eingelöst. In Abyei erhöhte sich die Teilhabe von Frauen an der halbjährlichen Migrationskonferenz zwischen den Volksgruppen der Misseriya und der Ngok Dinka mit Unterstützung der Interims-Sicherheitsgruppe der Vereinten Nationen für Abyei zwischen 2023 und 2025 von 19 auf 41 Prozent. Die Mehrdimensionale integrierte Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Zentralafrikanischen Republik hat die Einrichtung von Friedenskreisen unterstützt, in denen Frauen auf eine Vermittlung in lokalen Konflikten in 16 Regionen hinwirken. Die Mission der Vereinten Nationen in Südsudan arbeitete mit UN-Frauen zusammen, um die Beteiligung von fünf Frauen an der Tumaini-Initiative in Nairobi im Hinblick auf Vermittlungsbemühungen mit Gruppen zu erleichtern, die nicht bereit waren, das Neubelebte Abkommen von 2018 über die Beilegung des Konflikts in der Republik Südsudan zu unterzeichnen. Die Interimstruppe der Vereinten Nationen in Libanon hat in ihren Einsatzgebieten formelle Kanäle eingerichtet, um Frauen zu Bedrohungen und Risiken zu konsultieren und Netzwerke für die Verteilung von Hilfsgütern aufzubauen. Die Stabilisierungsmission der Vereinten Nationen in der Demokratischen Republik Kongo (MONUSCO) hat junge Meinungsmacherinnen dafür gewonnen, Fehlinformationen zu widerlegen, und von Frauen geführte erfolgreiche Vermittlungsbemühungen zwischen Volksgruppen unterstützt, etwa zwischen den in der Nähe von Bunia lebenden Volksgruppen der Hema und der Lendu, die aufgrund von Misstrauen, Fehlinformationen und früheren

Ressentiments seit Jahren nicht mehr interagiert hatten. Darüber hinaus unterstützen die der MONUSCO unterstellten Unterstützungszellen für die Strafverfolgung die Militärjustizbehörden weiterhin technisch und logistisch bei der Organisation von Ermittlungsmissionen und mobilen Gerichtsverfahren. Zwei Drittel dieser Fälle betrafen sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten und führten zur Verurteilung mehrerer Angehöriger der Streitkräfte und der Polizei sowie nichtstaatlicher bewaffneter Gruppen.

33. Im aktuellen Kontext steht die Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen jedoch ebenso wie das multilaterale System an sich vor gewaltigen Herausforderungen. In der Demokratischen Republik Kongo haben eine groß angelegte Offensive bewaffneter Gruppen und eine Welle von Verbrechen gegen Frauen und Mädchen die Kapazitäten der Mission zur Beobachtung von Rechtsverletzungen und zum Schutz von Zivilpersonen überfordert. Als 2024 die Feindseligkeiten in Libanon eskalierten, hatten Frauen und Mädchen Schwierigkeiten beim Zugang zu physischem Schutz und bei der Suche nach einer sicheren Bleibe in überfüllten Unterkünften. In Abyei sind Frauen trotz der Bemühungen der Mission in lokalen Sicherheitsmechanismen nach wie vor unterrepräsentiert (zwischen 7 und 16 Prozent in den verschiedenen Schutzkomitees) und in traditionellen Gerichten fast gar nicht präsent.

34. 2018 riefen die Vereinten Nationen die Strategie für Geschlechterparität bei den uniformierten Kräften ins Leben. Seither hat sich der Anteil der Frauen in den meisten Kategorien mehr als verdoppelt, und ein inklusives Umfeld konnte ebenso gestärkt werden wie die konstruktive Teilhabe von Frauen. Bei den Militärkontingenten sind langsamere, aber stetige Fortschritte zu verzeichnen (siehe Abbildung III). Über alle uniformierten Kräfte bei Friedenssicherungseinsätzen und besonderen politischen Missionen hinweg liegt der Frauenanteil knapp über 10 Prozent – gegenüber etwas mehr als 3 Prozent vor 15 Jahren. In den Polizeikomponenten der Missionen sind 4 von 8 Führungspositionen mit Frauen besetzt, doch wird derzeit nur eine Militärkomponente von einer Frau geleitet. Inklusive und ausgewogen besetzte Teams haben zu einer höheren operativen Wirksamkeit beigetragen, beispielsweise durch die verbesserte Einbindung der lokalen Bevölkerung, Frühwarnsysteme, die Gewinnung nachrichtendienstlicher Erkenntnisse und die Reform des Sicherheitssektors im Gastland.

Abbildung III  
**Anteil von Frauen am Militär- und Polizeipersonal nach Art der Position sowie an dem bei Friedenseinsätzen der Vereinten Nationen von Regierungen gestellten Justiz- und Strafvollzugspersonal, 2018-2024**



Quelle: Hauptabteilung Friedensmissionen (Daten abgerufen im April 2025).

Anmerkung: Die Daten zeigen jährliche Durchschnittswerte.

35. Die Bemühungen, den Bedürfnissen der als Friedenssicherungskräfte dienenden Frauen und Männer besser gerecht zu werden, haben zu einer verbesserten Gesundheitsversorgung für Frauen, einer verstärkten gegenseitigen Unterstützung über das Netzwerk für uniformierte weibliche Friedenssicherungskräfte, das 2025 auf alle Friedensmissionen ausgeweitet werden soll, und zu besseren Einrichtungen für die Friedenssicherung geführt. Mit Stand von 2024 erfüllen 44 Prozent der Einrichtungen die von der Hauptabteilung Operative Unterstützung gebilligten Anforderungen an eine geschlechtergerechte Gestaltung von Lagern in vollem Umfang, und bei den verbleibenden 55 Prozent sind Verbesserungen im Gange. Bei der zivilen Komponente von Missionen bestehen nach wie vor Herausforderungen. Während der Frauenanteil in den Missionen bei internationalen Bediensteten nach moderaten Zuwächsen in den letzten Jahren im Durchschnitt auf über 30 Prozent gestiegen ist, liegt er bei nationalen Bediensteten deutlich darunter.

36. Die schrumpfende Präsenz von Friedenssicherungsmissionen der Vereinten Nationen hat zu einem Sicherheitsvakuum und einer Eskalation der Gewalt geführt, wodurch Frauen und Mädchen den Übergriffen bewaffneter Gruppen noch stärker ausgesetzt sind. Zudem hat der Abzug oder die Verkleinerung dieser Missionen die Fähigkeit geschwächt, Verletzungen von Frauenrechten zu verfolgen, mobile Gerichte in entlegene Gebiete zu entsenden und von Frauen geführte Netzwerke, die sich bei der Verringerung der Gewalt zwischen Volksgruppen als wirksam erwiesen haben, weiter zu unterstützen.



### C. Schutz und Förderung der Menschenrechte und Führungsverantwortung von Frauen und Mädchen in Konfliktsituationen und humanitären Notlagen

37. Die Häufung und Eskalation von Konflikten in den letzten Jahren ging mit einer schockierenden Missachtung des humanitären Völkerrechts sowie einer Zunahme der Brutalität und Grausamkeit, zum Großteil gegenüber Frauen, Mädchen und Minderheiten, einher. Die Zahl der dokumentierten Fälle von sexueller Gewalt gegen Mädchen stieg 2024 gegenüber dem Vorjahr um 35 Prozent. Mancherorts machen Mädchen fast die Hälfte der Opfer von sexueller Gewalt aus. Allein in den ersten Monaten des Jahres 2025 meldeten Leistungserbringer in Nord-Kivu die bestürzende Zahl von 38.000 Fällen sexueller Gewalt. Nach jahrelanger ausgedehnter Bandengewalt in Haiti nahmen die Berichte über geschlechtsspezifische Gewalt 2024 drastisch zu, und in 64 Prozent der gemeldeten Fälle handelte es sich um sexuelle Gewalt. In Sudan stieg der Bedarf an lebensrettender Unterstützung für Überlebende von Vergewaltigung und sexueller Gewalt nach Angaben der Vereinten Nationen zwischen 2023 und 2024 um 288 Prozent, und mehr als 12 Millionen Frauen und Mädchen sind gefährdet. Die Zahl der von den Vereinten Nationen dokumentierten Rechtsverletzungen durch sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten erhöhte sich innerhalb von zwei Jahren um 87 Prozent.<sup>22</sup> Die Globale Schwerpunktgruppe Schutz stufte in ihrem Jahresbericht das Ausmaß der geschlechtsspezifischen Gewalt bei 22 von 25 Einsätzen auf Landesebene als gravierend oder extrem ein.<sup>23</sup>

38. Frauen und Mädchen leiden nicht nur in Form von sexueller Gewalt unter den Folgen von Kriegen. Nach Angaben des Hohen Kommissariats der Vereinten Nationen für Menschenrechte vervierfachte sich die Zahl der in bewaffneten Konflikten getöteten Frauen und Kinder zwischen 2023 und 2024 gegenüber dem vorangegangenen Zweijahreszeitraum, und sieben von zehn weiblichen Konfliktopfern weltweit kamen in Gaza ums Leben.<sup>24</sup> In der Ukraine machen Frauen und Mädchen 31 Prozent der zivilen Opfer aus.<sup>25</sup> Dem Verband Assistance Association for Political Prisoners zufolge handelte es sich bei nahezu 30 Prozent der 2024 in Myanmar vom Militär getöteten Zivilpersonen um Frauen. Nach Berichten von Ärzten ohne Grenzen waren Anfang 2024 25 Prozent der in den Einrichtungen der Organisation in Sudan behandelten Kriegsverletzten Frauen. Infolge der wiederholten und bewussten Bombardierung von öffentlichen Märkten, Entbindungskliniken, Wohnhäusern und Schulen steigt der Anteil der Frauen und Mädchen, die von Gewalt durch Explosivstoffe betroffen sind.

39. Auch Frauen in öffentlichen Funktionen, seien es Politikerinnen, Repräsentantinnen der Bevölkerung, Menschenrechtsverteidigerinnen oder Journalistinnen und Künstlerinnen, werden von bewaffneten Akteuren ins Visier genommen. 2024 wurden Journalistinnen unter anderem in der Arabischen Republik Syrien, Irak, Somalia, Sudan, der Ukraine und dem besetzten palästinensischen Gebiet getötet.<sup>26</sup> Die Ausbreitung von Desinformation, Fehlinformationen und Deepfakes trägt dazu bei, Frauen mundtot zu machen und die Pressefreiheit zu untergraben. Die überwältigende Mehrheit der Journalistinnen ist regelmäßiger Belästigung im Netz, ernsthaften Drohungen und Diffamierungskampagnen ausgesetzt.

<sup>22</sup> Siehe S/2025/389. Siehe auch S/PV.9378 und S/PV.9981.

<sup>23</sup> Siehe [https://gbvaor.net/sites/default/files/2025-02/gpc\\_annual\\_report\\_2024\\_final.pdf](https://gbvaor.net/sites/default/files/2025-02/gpc_annual_report_2024_final.pdf).

<sup>24</sup> Siehe <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2025/06/un-data-shows-surge-civilian-deaths-conflict-globally-highlights-pervasive>; siehe auch [storymaps.arcgis.com/stories/b12adf1ee3a840b7a23d089050c3bd80](https://storymaps.arcgis.com/stories/b12adf1ee3a840b7a23d089050c3bd80).

<sup>25</sup> Siehe <https://www.ohchr.org/en/documents/country-reports/40th-periodic-report-human-rights-situation-ukraine-treatment-prisoners>.

<sup>26</sup> Siehe <https://www.unesco.org/en/safety-journalists/observatory?hub=72609>.

40. Weiter verschärft wurde der Widerstand gegen die Geschlechtergleichstellung durch den Aufstieg gewalttätiger extremistischer Gruppen, einen schrumpfenden zivilen Raum und verfassungswidrige Regierungswechsel, allesamt Faktoren, aufgrund deren die Arbeit von Menschenrechtsverteidigerinnen und in der Friedenskonsolidierung tätigen Frauen weitaus gefährlicher geworden ist. In der Folge haben mehrere Mitgliedstaaten und die Vereinten Nationen ihre Interventionen zur Verhinderung von Einschüchterungen und Repressalien und zur Reaktion darauf verstärkt, unter anderem durch öffentliches und bilaterales Engagement bei Regierungen und Konfliktparteien im Zusammenhang mit bestimmten Fällen und die Erhöhung ihrer Unterstützung für Sonderfonds zu diesem Zweck. Seit 2022 hat der Fonds für Frauen in der Friedensarbeit und humanitären Hilfe 777 Menschenrechtsverteidigerinnen und Tausende ihrer Angehörigen in 25 von Krisen betroffenen Ländern unterstützt.

41. Frauen und Mädchen sind überdies in hohem Maß von reproduktiver Gewalt, darunter Zwangssterilisierung, erzwungene Schwangerschaft und vorsätzliche Zerschlagung oder Blockierung der Versorgung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, betroffen, obwohl dies nach dem Völkerstrafrecht, den internationalen Menschenrechtsnormen und dem humanitären Völkerrecht, einschließlich des Römischen Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs und der Genfer Abkommen, eindeutig verboten ist.<sup>27</sup> Die Zerstörung von Einrichtungen im Bereich der Gesundheitsversorgung von Müttern und der sexuellen und reproduktiven Gesundheit in Konfliktgebieten ist eine Form der reproduktiven Gewalt und kann eine Taktik des Völkermords sein, da derartige Handlungen das Leben von Frauen und Kindern gefährden und „auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind“.<sup>28</sup> 2023 ereigneten sich 58 Prozent aller Todesfälle bei Müttern, 50 Prozent aller Todesfälle bei Neugeborenen und 51 Prozent aller Totgeburten in den 29 Ländern mit einem Plan der Vereinten Nationen für humanitäre Maßnahmen.<sup>29</sup> Angesichts der Häufigkeit der gemeldeten Bombardierungen von Entbindungsstationen, einer blockierten Versorgung im Bereich der reproduktiven Gesundheit, zunehmender sexueller Gewalt und drastischer Mittelkürzungen, die die Einstellung der von den Frauen am meisten benötigten Dienste erzwungen haben, dürften sich diese Zahlen erheblich verschlechtern und die Fortschritte bei der Müttersterblichkeit zunichtegemacht werden. In Gaza wurden Zehntausende Entbindungen inmitten von Trümmern und Bombardierungen vorgenommen, zumeist ohne Zugang zu Betäubungsmitteln für Kaiserschnitte, nachgeburtlicher Versorgung oder selbst Wasser.<sup>30</sup> In Sudan sind nahezu 272.000 schwangere Frauen Vertriebene.<sup>31</sup> In Süd-Darfur sterben Schwangere und Gebärende in hoher Zahl an Komplikationen, die mit einer grundlegenden geburtshilflichen Versorgung vermeidbar wären.<sup>32</sup> In Myanmar müssen 223.000 Frauen mit Risikoschwangerschaften rechnen, da es im Gefolge des Erdbebens vom März 2025 an

<sup>27</sup> Siehe <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2024/09/research-paper-documenting-reproductive-violence-unveiling-opportunities-challenges-and-legal-pathways-for-un-investigative-mechanisms>.

<sup>28</sup> Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, Art. 2.

<sup>29</sup> Siehe <https://www.alignmnh.org/2023/01/10/humanitarian-response-plans-and-the-global-maternal-and-newborn-health-agenda/>.

<sup>30</sup> Siehe <https://www.ohchr.org/sites/default/files/documents/hrbodies/hrcouncil/sessions-regular/session58/a-hrc-58-crp-6.pdf>. Siehe auch <https://www.unfpa.org/resources/palestine-situation-report-15-february-2025>.

<sup>31</sup> Siehe [https://arabstates.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/2025-02/UNFPA Sudan Annual Report 2024.pdf](https://arabstates.unfpa.org/sites/default/files/pub-pdf/2025-02/UNFPA%20Sudan%20Annual%20Report%202024.pdf).

<sup>32</sup> Siehe <https://www.doctorswithoutborders.ca/msf-report-pregnant-women-and-children-dying-in-shocking-numbers-in-south-darfur/>.

Angeboten für die Gesundheitsversorgung von Müttern mangelt.<sup>33</sup> In Afghanistan, wo ein Drittel der Frauen ohne professionelle medizinische Unterstützung entbindet und alle zwei Stunden eine Frau an vermeidbaren Komplikationen bei der Schwangerschaft stirbt, wird die Entscheidung, Frauen von der medizinischen Ausbildung auszuschließen, in den nächsten Jahren mehr als 36.000 Hebammen und 2.800 Krankenschwestern am Eintritt in den Arbeitsmarkt hindern.<sup>34</sup> Die Schätzung, wonach die Müttersterblichkeit in Afghanistan bis 2026 um 50 Prozent steigen wird<sup>35</sup>, stammt aus der Zeit vor dieser Entscheidung, weshalb der Anstieg noch gravierender ausfallen dürfte. Angesichts der zunehmenden Anwendung sexueller Gewalt durch Konfliktparteien sollten die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass alle Frauen und Mädchen im Einklang mit den internationalen Normen Zugang zur gesamten Palette einschlägiger Dienste im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit haben.

42. Noch verstärkt werden die Bedrohungen für die sexuelle und reproduktive Gesundheit durch Traumata. Weniger als 2 Prozent der Gesundheitsausgaben weltweit fließen in die psychische Versorgung, obwohl psychische Probleme 20 Prozent der in Notlagen gemeldeten gesundheitlichen Probleme ausmachen. In Gaza und in Afghanistan leiden die meisten Frauen und Mädchen unter Stress, Angstzuständen und/oder Depressionen.<sup>36</sup> Diese Situationen können mit Traumatisierung und langfristigen Folgen für das Wohlbefinden einhergehen und in einigen Fällen sogar zu Selbstmord führen. Infolge der Zunahme der häuslichen Gewalt in der Ukraine um 36 Prozent seit 2022 sind 42 Prozent der Frauen depressionsgefährdet, und 53 Prozent der weiblichen Binnenvertriebenen leiden bereits unter Depressionen.<sup>37</sup> In Kosovo<sup>38</sup> werden 86 Prozent der Überlebenden sexueller Gewalt auch 25 Jahre nach dem Ende des Konflikts noch von posttraumatischen Belastungsstörungen heimgesucht.<sup>39</sup>

43. Zudem sind Frauen und Mädchen von Vertreibung, Ernährungsunsicherheit, Verlust von Bildung sowie schädlichen Praktiken wie der Verstümmelung weiblicher Genitalien und Kinderheirat betroffen. Ende 2024 gab es schätzungsweise 123,2 Millionen Vertriebene<sup>40</sup> – Ergebnis eines Jahrzehnts jährlicher Anstiege der Zahl der Flüchtlinge und anderer zum Verlassen ihrer Heimat gezwungener Menschen. Über 60 Millionen vertriebene und staatenlose Frauen und Mädchen tragen ein erhöhtes Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt. Über 85 Millionen von Krisen betroffene Kinder besuchen keine Schule, und 51,9 Prozent dieser Kinder sind Mädchen<sup>41</sup>, darunter 5 Millionen Mädchen in Sudan<sup>42</sup>. Vier Jahre nach der Machtübernahme durch die Taliban sind 8 von 10 jungen afghanischen Frauen von allgemeiner oder beruflicher Bildung oder einer Beschäftigung ausgeschlossen.<sup>43</sup> Mehr als 280 Millionen Menschen erleben akute Ernährungsunsicherheit, und in einigen Kontexten,

<sup>33</sup> Siehe <https://asiapacific.unwomen.org/sites/default/files/2025-04/mn-20250388119-myanmar-earthquake-gendersnapshot-01.pdf>.

<sup>34</sup> Siehe <https://press.un.org/en/2024/sc15932.doc.htm>.

<sup>35</sup> Siehe <https://www.unwomen.org/en/news-stories/press-release/2025/08/afghanistan-ten-facts-about-the-worlds-most-severe-womens-rights-crisis>.

<sup>36</sup> Siehe <https://www.unwomen.org/en/articles/explainer/inside-the-crisis-you-dont-see-how-war-impacts-womens-mental-health>.

<sup>37</sup> Ebd.

<sup>38</sup> Bezugnahmen auf Kosovo sind im Kontext der Resolution 1244 (1999) des Sicherheitsrats zu verstehen.

<sup>39</sup> Siehe S/2025/389.

<sup>40</sup> Siehe <https://www.unhcr.org/global-trends-report-2024>.

<sup>41</sup> Education Cannot Wait, „State of education for crisis-affected children and adolescents: access and learning outcomes - global estimates 2025 update“ (2025).

<sup>42</sup> Ebd.

<sup>43</sup> UN-Women, 2024 Afghanistan Gender Index.

etwa in Gaza und in Sudan, sind Zehntausende vom Hungertod bedroht. Mit Stand vom 15. August 2025 bestätigte die Integrierte Klassifizierung der Phasen der Ernährungssicherheit, dass mehr als eine halbe Million Menschen in Gaza von einer Hungersnot (IPC-Phase 5) betroffen waren und sich weitere 1,07 Millionen Menschen in der Kategorie Notlage (IPC-Phase 4) befanden.<sup>44</sup>

44. Trotz gewaltiger Herausforderungen, die es bei der Deckung des stetig steigenden Bedarfs zu bewältigen gilt, erreichen humanitäre Akteure heute mehr Frauen und Mädchen, nutzen mehr nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten und geschlechtsspezifische Analysen und beziehen mehr Frauenorganisationen in humanitäre Landeteams ein als noch vor zehn Jahren. 2024 enthielten 91 Prozent der Pläne für humanitäre Maßnahmen geschlechtsspezifische Analysen. Organisationen der Vereinten Nationen versorgen nun Millionen von Überlebenden mit Diensten zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, auch wenn dieser Bereich nach wie vor unterfinanziert ist. In humanitärer Hinsicht stellte das Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) 2024 sektorübergreifende Dienste und psychosoziale Unterstützung für schätzungsweise 58,4 Millionen Kinder, Jugendliche und Betreuungspersonen in 76 humanitären Kontexten sowie Dienste zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt für 17,7 Millionen Kinder und Frauen in Notlagen bereit. 2024 flossen 35 Prozent der humanitären Mittel des UNFPA an lokale und von Frauen geführte Organisationen, ein Anteil, den der UNFPA 2025 auf 43 Prozent erhöhen will. Eine Übersicht über 42 Programme, die Bargeldzahlungen mit immaterieller Hilfe kombinieren, in 17 fragilen und konfliktbetroffenen Ländern ergab, dass sich mehr als die Hälfte der Programme konkret an Frauen richteten und dass dies eher in Situationen mit hoher Konfliktdichte der Fall war. Selbst in Bereichen wie der Minenräumung, in der Regel eine Männerdomäne, ist eine stärkere Beteiligung von Frauen zu beobachten. In Nigeria vergab der Dienst für Antiminiprogramme die Hälfte seiner für lokale nichtstaatliche Organisationen vorgesehenen Mittel an von Frauen geführte Organisationen und steigerte den Anteil der Teilnehmerinnen von Minenräumschulungen von 13 auf 36 Prozent. In Irak sind 40 Prozent der nationalen Beschäftigten nichtstaatlicher Organisationen, die in der Minenräumung tätig sind, Frauen.

45. Humanitäre Maßnahmen sind noch immer mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. In Ländern wie Südsudan, Tschad oder der Zentralafrikanischen Republik entfällt auf jeweils 70 Überlebende nur eine Fachkraft für Sozialarbeit. Die Daten zur Menstruationsgesundheit und -hygiene sowie zur sexuellen und reproduktiven Gesundheit, insbesondere für heranwachsende Mädchen, vertriebene Frauen und Menschen mit Behinderungen, sind unzureichend. Die meisten Systeme zur Nachverfolgung von Vertreibungen enthalten keine geschlechtsspezifischen Indikatoren für Wohnsicherheit, das Risiko geschlechtsspezifischer Gewalt während des Transits oder den Zugang zu Bargeldunterstützung. In ihrem Zusammenspiel sorgen diese Faktoren dafür, dass die Pläne für humanitäre Maßnahmen den unterschiedlichen Bedürfnissen von Frauen geführter Haushalte, heranwachsender Mädchen und älterer Frauen in Vertreibungssituationen nicht gerecht werden.

46. Zu den größten Herausforderungen bei der Unterstützung von Frauen und Mädchen, die in humanitären Situationen Hilfe benötigen, gehören die von lokalen Behörden verhängten Beschränkungen. In Afghanistan erhöhte sich der Anteil der Organisationen, die meldeten, dass humanitäre Helferinnen an der Ausübung ihrer unverzichtbaren Arbeit gehindert würden, in den wenigen Monaten seit Erlass des sogenannten Gesetzes über die Verbreitung von Tugend und die Verhinderung von Laster im August 2024 von 22 auf 47 Prozent. In Myanmar wurde die humanitäre Hilfe behindert und instrumentalisiert, unter anderem auch

<sup>44</sup> Siehe <https://www.ipcinfo.org/ipcinfo-website/countries-in-focus-archive/issue-134/en/>.

nach dem verheerenden Erdbeben im März 2025.<sup>45</sup> In Jemen haben die anhaltende und willkürliche Inhaftierung von humanitären Helferinnen und Bediensteten der Vereinten Nationen durch die Huthi sowie Reisebeschränkungen für Frauen die Bereitstellung kritischer Hilfsgüter beeinträchtigt und eine abschreckende Wirkung hinsichtlich der Teilhabe von Frauen im humanitären und zivilen Raum entfaltet. 2024 wurden mehr in der humanitären Hilfe Täte denn je getötet. In Gaza wurden seit dem 7. Oktober 2023 nachweislich über 310 Mitglieder von Teams des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) getötet, darunter mindestens 125 Frauen.

47. Der drastische Rückgang der Gebermittel für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wird im Leben von Frauen und Mädchen spürbare Kosten verursachen. In Jemen mussten infolge der Aussetzung der Finanzierung Anfang 2025 bereits 22 Schutzräume geschlossen werden, wodurch mehr als 11.000 Frauen und Mädchen in Hochrisikogebieten Dienste und Unterstützung versagt blieben. In Südsudan waren bis zu 80.000 geflüchtete Frauen und Mädchen von Kürzungen der Mittel des UNHCR betroffen.<sup>46</sup> In der Ukraine wirkten sich Kürzungen bei der psychosozialen Unterstützung, Diensten zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt, Schutzräumen und den vom UNFPA unterstützten Programmen zur wirtschaftlichen Stärkung auf schätzungsweise 640.000 Frauen und Mädchen aus.<sup>47</sup> Ähnliche Verhältnisse sind möglicherweise für andere krisenbetroffene Länder, etwa die Demokratische Republik Kongo, Mali oder Tschad, zu erwarten. Mittelkürzungen führen zu geringeren Bildungschancen für afghanische Mädchen und weniger Auslandsstipendien für afghanische Frauen sowie zur Einschränkung der lebensrettenden medizinischen Versorgung für Zehntausende Überlebende von Vergewaltigung in mehreren Ländern und der Nahrungsmittelversorgung für fehlernährte Mütter und Kinder. Es ist davon auszugehen, dass Tausende von Gesundheitsstationen schließen werden. Bereits jetzt sind Frauen in Krisengebieten zu Entbindungen ohne Arzneimittel, Hebammen oder Ausrüstung gezwungen, was ihr eigenes Leben und das ihrer Neugeborenen gefährdet. Bei der Belieferung von Flüchtlingslagern mit lebensrettenden medizinischen Hilfsgütern kommt es zu Störungen. Bereits jetzt sterben viele Frauen und Mädchen, und es werden nur noch mehr werden, während andere keinen anderen Ausweg als gefährliche Bewältigungsstrategien von Überlebensprostitution über Menschenhandel bis hin zur Verheiratung oder zum Verkauf ihrer Kinder sehen werden. Dies wird wahrscheinlich zu weiterer massenhafter Vertreibung, zu einer Verschärfung des Missmuts und zu gewalttätigem Extremismus führen, was die nächste Welle kriegsrischer Auseinandersetzungen beflügeln wird.

#### **D. Abrüstung und Rüstungskontrolle, einschließlich Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung**

48. Vor dem Hintergrund anhaltender bewaffneter Konflikte kam es 2024 zu einem beispiellosen Anstieg der Militärausgaben: Über 100 Länder in aller Welt erhöhten ihre Militärausgaben, die weltweit 2,7 Billionen Dollar überstiegen und damit real um 9,4 Prozent höher lagen als 2023. Dies ist der stärkste jährliche Zuwachs seit mindestens dem Ende des Kalten Krieges (siehe Abbildung IV). Die wirtschaftlichen und sozialen Kompromisse, die mit diesen höchst beunruhigenden Trends einhergehen, könnten auf Jahre hinaus erhebliche Folgen für die Gesellschaften haben.<sup>48</sup>

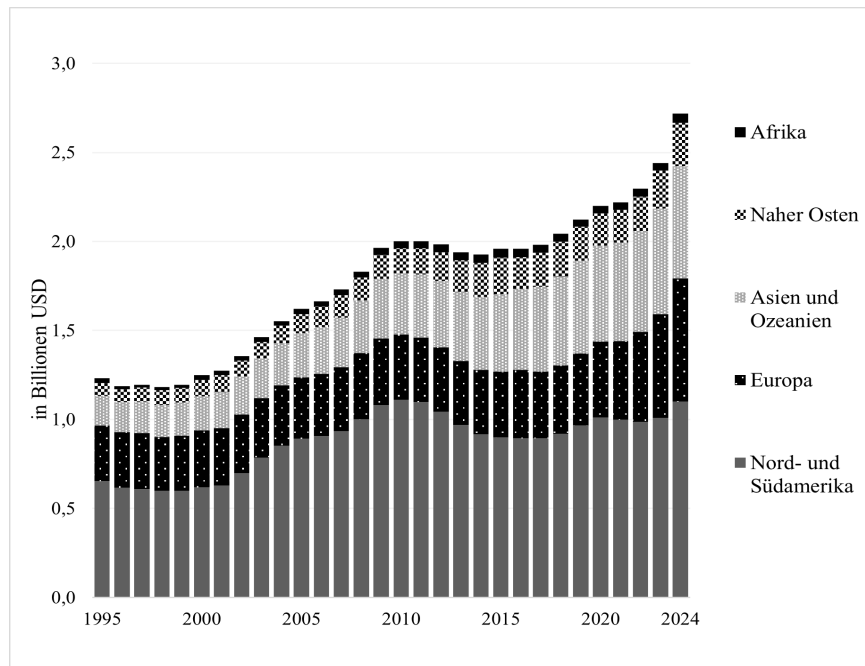
<sup>45</sup> Siehe <https://news.un.org/en/story/2025/06/1165041>.

<sup>46</sup> Siehe <https://news.un.org/en/story/2025/07/1165430>.

<sup>47</sup> Siehe <https://news.un.org/en/story/2025/03/1160681>.

<sup>48</sup> Siehe <https://www.sipri.org/media/press-release/2025/unprecedented-rise-global-military-expenditure-european-and-middle-east-spending-surges>.

Abbildung IV  
Weltweite Militärausgaben, 1995-2024



Quelle: Stockholm International Peace Research Institute Military Expenditure Database (abgerufen im Mai 2025).

49. Der Weg zum Frieden führt nicht über die Anhäufung von Waffen, sondern über Investitionen in Instrumente für den Frieden und die Verwirklichung von Rechten und einer nachhaltigen Entwicklung. Frauenorganisationen und -netzwerke haben konsequent die Umleitung von Mitteln weg von Militärausgaben und hin zu Investitionen in Friedenskonsolidierung, Schutz und nachhaltige Entwicklung gefordert. Im Zukunftspakt ersuchten die Mitgliedstaaten den Generalsekretär, eine Analyse der Auswirkungen des weltweiten Anstiegs der Militärausgaben auf die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung vorzulegen. Durch Erhöhungen der Militärausgaben könnten sich wirtschaftliche und soziale Spaltungen vertiefen, wovon Frauen unverhältnismäßig stark betroffen wären. Aus Forschungsarbeiten zur Finanzierung des sozialen Basisschutzes geht hervor, dass die weltweiten Militärausgaben derzeit fast beim Neunfachen des Betrags liegen, der nötig wäre, um die Finanzierungslücke für einen universellen sozialen Basisschutz in den Niedrigeinkommensländern zu schließen.<sup>49</sup> Laut den für die Überprüfung und Bewertung der Umsetzung der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing (E/CN.6/2025/3/Rev.1) bereitgestellten Informationen unternahmen nur 3 Prozent der Länder und Hoheitsgebiete Schritte zur Reduzierung der Militärausgaben oder zur Kontrolle der Verfügbarkeit von Rüstungsgütern, und nur 1 Prozent hatte Mittel von Militärausgaben auf Ausgaben für soziale und wirtschaftliche Zwecke, darunter die Geschlechtergleichstellung und die Stärkung der Frauen, umgeschichtet, während es fünf Jahre zuvor in beiden Bereichen noch 5 Prozent gewesen waren.

<sup>49</sup> Siehe beispielsweise International Labour Organization (ILO), *World Social Protection Report 2024–26: Universal Social Protection for Climate Action and a Just Transition* (Genf, 2024); siehe auch World Survey on the Role of Women in Development: harnessing social protection for gender equality, resilience and transformation (A/79/111).



Nur 38 von 113 nationalen Aktionsplänen enthalten Verweise auf Rüstungskontrolle, Munitionsverwaltung und Abrüstung in ihrem Überwachungsrahmen.

50. Parallel zu der besorgniserregenden Entwicklung der Militärausgaben haben in den letzten Jahren mehr Länder eine Abkehr von den Normen und Bemühungen im Bereich Abrüstung und Nichtverbreitung, auch in Bezug auf die Verhinderung jedes Einsatzes von Kernwaffen und chemischen Waffen, vollzogen. Neue Herausforderungen gehen von militärischen Anwendungen neuer und aufkommender Technologien, insbesondere der künstlichen Intelligenz, und von der Eskalation von Konflikten und ihrer Ausweitung auf Bereiche wie den Cyberspace und den Weltraum aus. Zugleich zeichnet sich ein Trend zur Modernisierung und Erweiterung der Kernwaffenbestände ab. Ein weiterer Trend besteht in der bedenklichen Erosion der Verpflichtungen in Bezug auf Verträge über humanitäre Abrüstung, die speziell dem Schutz der Zivilbevölkerung dienen. In diesem Zusammenhang erfolgte im Berichtszeitraum erstmals ein Rücktritt von einem Vertrag über humanitäre Abrüstung, dem Übereinkommen über Streumunition, und in der Folge bekundeten weitere Staaten ihre Absicht zum Rücktritt von dem Übereinkommen über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung. Diese Entwicklungen sorgen nicht dafür, dass die Welt sicherer wird. Frauengruppen und -bewegungen haben viele historische Initiativen für Rüstungskontrolle federführend mitgestaltet und sprechen sich nun auch lautstark gegen diese Erosion aus.<sup>50</sup>

51. In diesem äußerst schwierigen und zunehmend unsicheren Kontext ist es unerlässlich, dass alle Verhandlungen und Prozesse im Abrüstungsbereich inklusiv ablaufen. So stieg der Anteil der im Ersten Ausschuss an der Abrüstungsdiplomatie beteiligten Frauen zwischen 2000 und 2024 stetig von 15 auf 38 Prozent an. Initiativen wie das Stipendienprogramm für Frauen im Cyberbereich und das Stipendienprogramm für Frauen und KI tragen zu einer inklusiveren und wirksameren globalen Politik in sich rasch fortentwickelnden Bereichen bei.

52. Aus der Berichterstattung im Rahmen des Aktionsprogramms zur Verhütung, Bekämpfung und Beseitigung des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen geht hervor, dass die Zahl der Staaten, die geschlechtsspezifische Gesichtspunkte in die nationale Rüstungskontrolle einbeziehen, im Laufe der Zeit beständig und erheblich zugenommen hat (2024 waren es 74 Prozent der Bericht erstattenden Staaten). Die Verbreitung von Rüstungsgütern und Munition trägt direkt und entscheidend zur starken Zunahme geschlechtsspezifischer Gewalt in konfliktbetroffenen Ländern bei, etwa in der Demokratischen Republik Kongo, Sudan und Südsudan, aber auch in Haiti, wo Banden immer größere Gebiete unter ihre Kontrolle bringen.<sup>51</sup> Es ist unerlässlich, dass Normen eingehalten werden, unter anderem durch die Durchsetzung von Waffenembargos, die Verbesserung der Rückverfolgung von Waffen und die Stärkung der Rechenschaftspflicht bei der Ausfuhr von Waffen in Kontexten mit weit verbreiteter geschlechtsspezifischer Gewalt, wie es der Vertrag über den Waffenhandel vorschreibt.

53. Anhaltende Anstrengungen sind vonnöten, um die Programme zur Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung sowie zur Verringerung der Gewalt zwischen Volksgruppen geschlechtergerechter zu gestalten. Das vom Institut der Vereinten Nationen für Abrüstungsforschung (UNIDIR) geleitete Projekt zur Handhabung des Ausstiegs aus bewaffneten Konflikten hat einzigartige Erkenntnisse über den Weg in bewaffnete Gruppen und aus ihnen heraus geliefert. Diese Daten können Verantwortlichen in Politik und Praxis dabei helfen, die Rekrutierung durch bewaffnete Gruppen zu verhindern und die Wiedereingliederung nach der Beteiligung an einem Konflikt besser zu unterstützen. 2024 wurden

<sup>50</sup> Siehe [A/79/217](#).

<sup>51</sup> Siehe <https://unidir.org/publication/deploying-the-arms-control-and-disarmament-toolbox/>.



Daten zu geschlechtsspezifischen Konflikterfahrungen im Wege von Mehrmethodenstudien in sechs Ländern (Irak, Kamerun, Kolumbien, Niger, Nigeria und Tschad) erhoben. Wie die Ergebnisse dieses Projekts deutlich machen, erhalten Frauen und Mädchen bei ihrem Rückzug aus bewaffneten Konflikten häufig nicht die benötigte Unterstützung, was ihre Wiedereingliederung hemmt.<sup>52</sup>

54. In der Nähe von bewaffneten Konflikten lebende Frauen und Mädchen sind tagtäglich durch nicht zur Wirkung gelangte explosive Kampfmittel gefährdet, und ihre Erholung nach einem Krieg wird durch örtliche starke Kontaminierung mit explosiven Kampfmittelrückständen gravierend beeinträchtigt. Wenngleich einige Bewertungen, darunter diejenigen, die der Dienst für Antiminenprogramme in Ländern wie Nigeria und der Zentralafrikanischen Republik durchführte, zur Erweiterung unseres Wissens beigetragen haben, sind nach Geschlecht aufgeschlüsselte Daten zu den Risiken und Opfern explosiver Kampfmittel nach wie vor lückenhaft. Laut UNIDIR haben Frauen, die durch Landminen verletzt wurden, in einigen Situationen oft nur sehr begrenzten Zugang zu Rehabilitationsangeboten und sehen sich mit sozialer Stigmatisierung und lebenslangen Behinderungen konfrontiert. Der Aktionsplan von Siem Reap-Angkor für den Zeitraum 2025-2029 bietet einen Fahrplan für die Durchführung und weltweite Anwendung des Übereinkommens über das Verbot des Einsatzes, der Lagerung, der Herstellung und der Weitergabe von Antipersonenminen und über deren Vernichtung als Beitrag zu mehr menschlicher Sicherheit. In dem Aktionsplan wird anerkannt, wie wichtig geschlechts- und vielfaltsbezogene Erwägungen für eine wirksame Minenräumung sind.

## E. Politische Partizipation und Vertretung

55. Obwohl 2024 als bedeutendes Wahljahr angesehen wurde, waren die Fortschritte im Hinblick auf politische Führungspositionen für Frauen minimal. Der Anteil der gewählten Frauen war weitaus niedriger als der der Männer, und Kandidatinnen waren geschlechtsspezifischer Gewalt, Übergriffen und Belästigung ausgesetzt. Wenngleich 2024 einige Präzedenzfälle zu verzeichnen waren, darunter erstmals direkt gewählte Präsidentinnen in Mexiko, Namibia und Nordmazedonien, sind Frauen als Staats- oder Regierungsoberhäupter nach wie vor die Ausnahme, und in 102 Ländern diente noch nie eine Frau im höchsten Amt. Zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts werden nur 29 Länder von Frauen geführt.

56. In den Kabinetten liegt der Anteil der Frauen an der Spitze von Ministerien 2025 weltweit bei 23 Prozent, in den von Konflikten betroffenen Ländern mit 21 Prozent dagegen etwas niedriger.<sup>53</sup> Die Daten zeigen auch die Barrieren, auf die Frauen beim Erlangen von Schlüsselpositionen in der Politik nach wie vor stoßen, insbesondere in kritischen Bereichen wie Verteidigung und Außenpolitik. In mehreren Ländern sind Frauen in dieser Hinsicht kaum oder überhaupt nicht vertreten. In Jemen etwa sitzt keine Frau im Kabinett.<sup>54</sup> In der Arabischen Republik Syrien besetzten die Übergangsbehörden trotz Forderungen nach einer stärkeren Einbeziehung von Frauen in den politischen Übergang nur eines von 23 Ministerämtern mit einer Frau. Auch in den Parlamenten ist der Frauenanteil mit 27 Prozent nach wie vor auffällig gering und in den von Konflikten betroffenen Ländern mit 20 Prozent noch

<sup>52</sup> Siehe <https://unidir.org/publication/survival-and-struggle-the-experience-of-women-and-girls-with-and-after-boko-haram/>.

<sup>53</sup> Analyse von UN-Frauen auf der Grundlage von [www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2025/03/women-in-politics-map-2025](http://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2025/03/women-in-politics-map-2025).

<sup>54</sup> Siehe <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2025/06/poster-women-political-leaders-2025>.

niedriger.<sup>55</sup> Auf lokaler Ebene haben Frauen weltweit 35,5 Prozent der Sitze in beratenden Gremien inne, in den von Konflikten betroffenen Ländern lediglich 18 Prozent – etwa die Hälfte des globalen Durchschnitts.<sup>56</sup>

57. In der Diplomatie sind Frauen nach wie vor deutlich unterrepräsentiert. Mit Stand von 2024 stellten Frauen nur 21 Prozent der Ständigen Vertreter bei den Vereinten Nationen, seit 1947 waren gerade einmal 7 Prozent aller Botschafter Frauen, und 73 Länder haben noch nie eine Frau zur Ständigen Vertreterin ernannt. Gegenüber Männern sind Frauen bei der Vertretung in diplomatischen Missionen nach wie vor im Rückstand, insbesondere in den ranghöchsten Funktionen.<sup>57</sup>

58. In seiner Allgemeinen Empfehlung Nr. 40 (2024) über die gleichberechtigte und inklusive Vertretung von Frauen in Entscheidungssystemen stellt der Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau fest, dass die für die Vertretung von Frauen in Entscheidungsprozessen aufgestellten Zielvorgaben von 30 Prozent mit dem Kernziel des Übereinkommens, die Diskriminierung von Frauen zu beseitigen, unvereinbar sind und Entscheidungsprozesse nur dann eine echte und dynamische Bedeutung und dauerhafte Wirkung erlangen, wenn sie paritätisch besetzt sind und den Interessen von Frauen und Männern gleichermaßen Rechnung tragen. Bei der Steigerung der Partizipation von Frauen haben sich befristete Sondermaßnahmen, etwa Geschlechterquoten, als wirksam erwiesen. Gesetzliche Geschlechterquoten gelten derzeit in weniger als der Hälfte der Mitgliedstaaten. In von Konflikten betroffenen Ländern mit einer Quote stellen Frauen im Durchschnitt 25 Prozent der Parlamentsabgeordneten, verglichen mit nur 14 Prozent ohne Quotenregelung. Auf lokaler Ebene verdoppelt sich der Frauenanteil durch Quoten auf 22 Prozent gegenüber 11 Prozent in Ländern, in denen keine Quote gilt.<sup>58</sup> In Georgien etwa stieg der Anteil der mit Frauen besetzten Führungspositionen in kommunalen Gremien auf 30 Prozent, während es 2021 noch 13,4 Prozent waren. Im April 2024 beschloss das georgische Parlament allerdings die Abschaffung der obligatorischen Geschlechterquoten bei Wahlen, wodurch die Fortschritte auf dem Weg zu einem ausgewogeneren Geschlechterverhältnis in der Politik wieder rückgängig gemacht werden könnten.

59. Auch 2024 bemühten sich die Vereinten Nationen, die Geschlechtergleichstellung in Entscheidungsprozessen durch technische Unterstützung, politische Kampagnenarbeit und Kapazitätsaufbauinitiativen voranzubringen. In Kolumbien trug die Zusammenarbeit von UN-Frauen mit dem Parlament zur Annahme eines Paritätsgesetzes bei, das eine gleichberechtigte Vertretung von Frauen und Männern in allen öffentlichen Institutionen und Bereichen der Staatsgewalt vorschreibt. In Liberia wurde im Rahmen der technischen Hilfe für die Nationale Wahlkommission die Ausarbeitung einer Politik für Geschlechtergleichstellung und soziale Inklusion unterstützt, die eine paritätische Vertretung in Entscheidungsfunktionen vorsieht und der Inklusion von Frauen und Menschen mit Behinderungen Priorität beimisst. In Haiti trug die stetige Kampagnenarbeit der Vereinten Nationen zugunsten der Einbindung von Frauen in den politischen Übergang zur Berufung von vier Frauen in den Vorläufigen Wahlrat bei. Zudem waren die Vereinten Nationen beim Abbau von Spannungen vor und nach Wahlen behilflich. So beteiligten sie sich in Sierra Leone an der Leitung einer von mehreren Interessenträgern getragenen Initiative, die in ein Abkommen zwischen der Regierung und der wichtigsten Oppositionspartei über die nationale Einheit mündete. Das Abkommen enthielt Empfehlungen, die Geschlechterparität auf allen Ebenen zu

<sup>55</sup> Inter-Parliamentary Union, „Women in politics“ (Stand: 1. Januar 2025). Die Analysen des durchschnittlichen Anteils in konfliktbetroffenen Ländern stammen von UN-Frauen.

<sup>56</sup> UN-Women, „Women in local government“ (Daten mit Stand vom 1. Januar 2024).

<sup>57</sup> Siehe <https://www.un.org/en/observances/women-in-diplomacy-day>.

<sup>58</sup> Nach Berechnungen von UN-Frauen. Siehe auch <https://genderquota.org/>.

fördern, die Gebühren für die Nominierung von Kandidatinnen und Kandidaten um die Hälfte zu senken und auf Gewalt gegen Frauen bei Wahlen aufmerksam zu machen.

60. Die für die Menschenrechte von Frauen und die Friedenskonsolidierung, darunter die Rechtsstaatlichkeit, unabdingbaren demokratischen Garantien werden derzeit ausgehöhlt. Das Recht auf gleichberechtigte Partizipation an politischen und öffentlichen Angelegenheiten muss geschützt werden. Die Vertretung von Frauen in Positionen, die durch Wahl oder Ernennung besetzt werden, darunter Ernennungen in diplomatische Positionen, ist ein umfassend dokumentierter Weg zur direkten Teilhabe von Frauen als Vermittlerinnen und Verhandlungsführerinnen bei Friedensverhandlungen. Angesichts der einschränkenden Trends sind Wachsamkeit und aufmerksame Beobachtung geboten, darunter die Verfolgung regressiver Gesetze und Politikmaßnahmen, um wirksam auf die Beschneidung der Rechte und Freiheiten von Frauen reagieren zu können.

## **F. Wirtschaftliche Erholung und Zugang zu Ressourcen**

61. In den letzten 25 Jahren wurden während Übergängen vom Konflikt zum Frieden durchweg Investitionen in die wirtschaftliche Sicherheit und die wirtschaftlichen Chancen von Frauen als Konfliktpräventionsstrategie, aber auch als wirksame Sofort- und Wiederaufbaumaßnahme empfohlen. Trotz dieser Empfehlungen erhalten entsprechende Investitionen nach wie vor zu wenig Priorität. Frauen sind von Konflikten unverhältnismäßig stark betroffen: Sie sind die ersten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sie haben weniger zu essen und übernehmen zusätzliche unbezahlte Betreuungsaufgaben. Verschärft wird dies durch diskriminierende Geschlechternormen, die Frauen zudem am Erwerb von Land und Vermögen sowie am Zugang zu Erbschaften, Krediten, Technologie und Bankdienstleistungen hindern. Ein Vierteljahrhundert nach der Verabschiedung der Resolution [1325 \(2000\)](#) sind Initiativen zur wirtschaftlichen Stärkung von Frauen noch immer eher kleineren Formats und allgemein nicht Bestandteil von Friedensabkommen, Reformen in der Konfliktfolgezeit und breit angelegten Wiederaufbaupaketen. In Konfliktumfeldern oder nach Krisen sehen sich Frauen nach wie vor begrenztem Zugang zu menschenwürdiger Arbeit, Finanzdienstleistungen, Sozialschutz, Eigentumsrechten und Möglichkeiten für Unternehmertum gegenüber.

62. Diese wirtschaftlichen Umstände haben sich durch die Zunahme und Verstärkung von Konflikten und die seit 2022 hohe Inflation, die Nahrungsmittel- und Energiekrisen ausgelöst hat, noch verschlimmert. Rückläufige Entwicklungsfinanzierung und zunehmende Überschuldung haben die Investitionen in die wirtschaftliche Stärkung der Frauen zusätzlich eingeschränkt. Frauen in fragilen Umfeldern leben mit 7,7 Mal höherer Wahrscheinlichkeit in extremer Armut als Frauen in stabilen Regionen.<sup>59</sup> Die Sicherheitskrise in Haiti hat die operativen Kapazitäten der Bekleidungsbranche einbrechen lassen, was zu Entlassungen führte, von denen zumeist Frauen betroffen waren, die zwei Drittel der Belegschaft von Textilfabriken stellen. In Libanon beeinträchtigte die Eskalation der Feindseligkeiten Ende 2024 die Agrartätigkeit auf einem Viertel der Anbauflächen, was sich besonders gravierend auf in der Landwirtschaft tätige Frauen auswirkte. In Südsudan schnellte die Inflation 2024 von weniger als 2 Prozent im Vorjahr auf 107 Prozent, wodurch sich die historisch ohnehin hohe Mangelernährung und Ernährungsunsicherheit bei Frauen und Kindern verschärfte. In der Ukraine eröffnete der Einsatz von Männern an der Front Frauen Chancen in bislang männlich dominierten Branchen, darunter in Kohlebergwerken, in Milchviehbetrieben, als Berufskraftfahrerinnen, in der Polizeiarbeit oder bei der Minenräumung, und 59 Prozent der im

<sup>59</sup> UN-Women und United Nations, *Progress on the Sustainable Development Goals: The Gender Snapshot 2023* (New York, 2023).

ersten Halbjahr 2024 neu gegründeten Unternehmen wurden von Frauen geführt.<sup>60</sup> Dennoch geht der allgemeine Trend seit dem großflächigen Einmarsch der Russischen Föderation dahin, dass der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung gesunken ist, ihre unbezahlten Betreuungsaufgaben erheblich zugenommen haben und sich das Einkommensgefälle zwischen Männern und Frauen mehr als verdoppelt hat. In Sudan ist die Diskrepanz weltweit mit am größten: Frauen verdienen hier 82 Prozent weniger als Männer. In Afghanistan und Jemen liegt der Anteil der Frauen an der Erwerbsbevölkerung im einstelligen Bereich und ist damit der niedrigste der Welt. Die Taliban haben Frauen nach und nach den Zugang zu Einkommensmöglichkeiten verwehrt, was die afghanische Wirtschaft zwischen 2024 und 2026 fast 1 Milliarde Dollar kosten dürfte.<sup>61</sup>

63. Die Feminisierung der Armut ist nicht nur durch ungleiche wirtschaftliche Chancen, sondern auch durch einen Mangel an Sozialschutz bedingt. 2024 ergab eine Studie von UN-Frauen zu nahezu 1.000 Sozialschutzmaßnahmen, die von Regierungen in 171 Ländern in den Monaten nach dem Anstieg der weltweiten Inflation beschlossen worden waren, dass nur 18 Prozent der Maßnahmen auf die wirtschaftliche Sicherheit von Frauen abzielten<sup>62</sup>, die tatsächliche Absicherung in von Konflikten betroffenen Ländern äußerst gering war und in mehreren dieser Länder, zu denen Daten vorlagen, etwa Afghanistan, Jemen, Mali oder Myanmar, Männer einen höheren Schutz genossen als Frauen.

64. Allzu oft beschränken sich die Bemühungen, in die wirtschaftliche Sicherheit von Frauen zu investieren, auf einmalige Unternehmenszuschüsse, Mikrofinanzierungen und Schulungen, und zu wenig davon findet seinen Niederschlag in der Beschäftigungspolitik, der Fiskalpolitik sowie den großen Rettungs- und Wiederaufbaupaketen und der Finanzierung nach Konflikten. In der Ukraine, so zeigte eine Analyse, stieg die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit von 2021 bis 2022 zwar um das 14-Fache, doch nur 0,2 Prozent flossen in die Förderung der Geschlechtergleichstellung als Hauptziel.<sup>63</sup> Um diesem Trend entgegenzuwirken, rief die ukrainische Regierung in Zusammenarbeit mit Deutschland und UN-Frauen eine Allianz ins Leben, in der 15 Regierungen, wichtige internationale Finanzinstitutionen, die Zivilgesellschaft und der Privatsektor gemeinsam auf eine bessere Finanzierung der Geschlechtergleichstellung im Rahmen des Wiederaufbaus des Landes hinwirken.

65. Positive Beispiele für Interventionen der Vereinten Nationen belegen, dass es möglich ist, das Leben von Frauen selbst in den schwierigsten Umfeldern spürbar zu verbessern. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) hat seit August 2021 Finanzmittel, Ausrüstung und Schulungsangebote für 80.000 von Frauen geführte Unternehmen in Afghanistan bereitgestellt und mehr als 27.000 Frauen den Zugang zu revolvingierenden Krediten über von Frauen geführte lokale Spargruppen ermöglicht. Das globale Programm des UNDP zur Förderung von Steuerreformen zugunsten wirtschaftlicher Gerechtigkeit für Frauen, bekannt als „Equanomics“, zielte auf 15 fragile und von Krisen betroffene Länder und unterstützte beispielsweise die Einrichtung einer Beobachtungsstelle für die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Besteuerung in Libanon. In Irak hat die Internationale Arbeitsorganisation Reformen der nationalen Beschäftigungsstrategien und -gesetze beeinflusst und so zu verbessertem Schutz am Arbeitsplatz, Initiativen für gleiches Entgelt und besseren Kinderbetreuungsdiensten beigetragen. Auch in der Gewerkschaftsführung und bei

<sup>60</sup> Siehe <https://www.unwomen.org/en/news-stories/feature-story/2025/06/ukrainian-women-at-the-front-lines-of-resistance-and-recovery#:~:text=Women%20are%20powering%20Ukraine's%20warime,economy%2C%20businesses%20and%20families%20afloat>.

<sup>61</sup> United Nations Development Programme (UNDP), *Afghanistan Socio-Economic Review: Fragile Gains, Deepening Subsistence Insecurity, 2023-2024* (2025).

<sup>62</sup> Siehe A/79/111.

<sup>63</sup> Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), „Official development assistance for gender equality in Ukraine in 2022“ (2024).

Kollektivverhandlungen sind Frauen stärker vertreten, weshalb Maßnahmen zur Verhütung und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt und Belästigung bei der Arbeit mehr Aufmerksamkeit erhalten. In Kolumbien unterstützen die Vereinten Nationen weiter die Bodenreformaßnahmen der Regierung, die das Frauen benachteiligende Geschlechtergefälle beim Zugang zu Grund und Boden beseitigen sollen, da nahezu zwei Drittel der in Alleineigentum befindlichen ländlichen Immobilien Männern gehören und 75 Prozent der Grundstücke in Frauenbesitz weniger als drei Hektar groß sind.<sup>64</sup>

## G. Rechtsstaatlichkeit und Zugang von Frauen zur Justiz

66. Eines der deutlichsten Beispiele für Fortschritte bei der Durchführung der Resolutionen des Sicherheitsrats zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit in den letzten 25 Jahren ist die Untersuchung und strafrechtliche Verfolgung internationaler Verbrechen gegen Frauen und Mädchen. Diese Maßnahmen sind das Ergebnis jahrzehntelanger rechtlicher Schritte, Kampagnenarbeit und Aktionen unter Führung von Überlebenden und Frauenorganisationen sowie wichtige Rechtssprüche nationaler und internationaler Gerichte, die zum Teil durch eine beträchtliche Zunahme der Zahl von Frauen im Richteramt begünstigt wurden.<sup>65</sup> Diese Rechtsprechung betraf in erster Linie sexuelle Gewalt, wurde allerdings in den letzten Jahren auf Verfolgung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, Straftaten aufgrund der sexuellen Orientierung und Geschlechtsidentität sowie auf reproduktive Gewalt ausgeweitet.

67. Trotz nach wie vor weit verbreiteter Straflosigkeit werden Verbrechen gegen Frauen und Mädchen nicht länger totgeschwiegen, sondern von den Vereinten Nationen und anderen Akteuren dokumentiert. An jeder in den vergangenen 15 Jahren von den Vereinten Nationen beauftragten Untersuchungskommission oder Ermittlungsmission waren Sachverständige von UN-Frauen für die Untersuchung geschlechtsspezifischer Verbrechen beteiligt. Mehrere Länder haben zur Strafverfolgung dieser Verbrechen zunehmend auf die universelle Gerichtsbarkeit zurückgegriffen. Die Vereinten Nationen haben ihre Unterstützung für nationale Rechenschaftsmechanismen ausgeweitet, und jedes Jahr werden durch Fälle, die vor internationalen Gerichten verhandelt werden, und durch Hunderte von Verfahren vor nationalen Gerichten, auch bei eigens zu diesem Zweck eingerichteten Sondergerichten, sowie durch Militärgerichte und mobile Gerichte Meilensteine für die Geschlechtergerechtigkeit erreicht. Insbesondere im vergangenen Jahr wurde in dieser Hinsicht Geschichte geschrieben. Erstmals wurde ein ehemaliger Kommandeur der Widerstandsarmee des Herrn (LRA) wegen Vergewaltigung und anderer Verbrechen vor einem ugandischen Gericht verurteilt. Mehr als vier Jahrzehnte nachdem guatemalteckische Soldaten und paramilitärische Truppen während des Bürgerkriegs in Guatemala indigene Frauen vergewaltigt hatten und nachdem 36 Frauen aus der Volksgruppe der Maya Achi 2011 Anzeige erstattet hatten, um Gerechtigkeit für die an ihnen begangenen Verbrechen einzufordern, verurteilte ein nationales Gericht drei Männer.<sup>66</sup> Im Juli 2024 verurteilte das Strafgericht Dixinn in Guinea acht ranghohe Beamte wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Zusammenhang mit dem Massaker und den Massenvergewaltigungen vom 28. September 2009. Im Rahmen des in Argentinien laufenden Verfahrens der universellen Gerichtsbarkeit gegen myanmarische Zivil- und Militärbeamte wegen Vorwürfen des Völkermords und behaupteter Verbrechen gegen die Menschlichkeit, einschließlich sexueller und geschlechtsspezifischer Verbrechen,

<sup>64</sup> Siehe <https://data.unwomen.org/features/growing-rural-womens-land-ownership-across-colombias-countryside>.

<sup>65</sup> Siehe <https://gqualcampaign.org/data/current-composition/>.

<sup>66</sup> Siehe <https://www.reuters.com/world/americas/guatemalan-ex-paramilitaries-sentenced-40-years-each-maya-achi-rape-trial-2025-05-30/>.

wurden im Februar 2025 Haftbefehle gegen 25 Beamte erlassen.<sup>67</sup> In Kosovo stieg die Zahl der Anklagen wegen der in den Konfliktjahren 1998 und 1999 begangenen sexuellen Gewalt 2024 auf 10, während es in den 25 Jahren zuvor nur einige wenige gewesen waren.

68. Bei der Überprüfung der Umsetzung der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing aus Anlass ihres 30-jährigen Bestehens meldeten 37 Prozent der Länder eine Stärkung der institutionellen Kapazitäten ihres Justizsystems, einschließlich der Unrechtsaufarbeitung, im Rahmen der Konfliktbewältigung.<sup>68</sup> In vielen Fällen handelt es sich dabei um Initiativen zur Förderung der Teilhabe von Frauen am Justizwesen und zur Schulung von Fachkräften im gesamten Justizsystem. Während Wiedergutmachung lange Zeit als eines der am wenigsten genutzten Instrumente der Unrechtsaufarbeitung und Rechenschaftslegung galt, haben in den letzten Jahren Tausende von Frauen in Irak, Kolumbien, Uganda, der Ukraine und der Zentralafrikanischen Republik sowie in Kosovo und anderen Kontexten Wiedergutmachung und vorläufige Wiedergutmachungsleistungen im Rahmen von Gerichts- und Verwaltungsverfahren erlangt. In vielen von Konflikten betroffenen Gebieten ist der Zugang von Frauen zur Justiz jedoch nach wie vor prekär oder nahezu inexistent. Seit der Machtübernahme durch die Taliban wurden alle Richterinnen in Afghanistan abberufen und somit jahrzehntelange Fortschritte bei der Vertretung von Frauen im Rechtssystem zunichtegemacht. In Haiti wurden keine Frauen in den neuen Obersten Rechtsprechungsrat berufen.

69. Dort, wo die Aussichten auf Gerechtigkeit für Frauen gering erscheinen, können internationale Gerichte eine Rolle spielen. In der Klage, die Gambia beim Internationalen Gerichtshof gegen Myanmar einreichte, werden Verstöße gegen die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes, darunter Mord, Vergewaltigung und andere vom Militär begangene Formen sexueller Gewalt, geltend gemacht.<sup>69</sup> Im Juli 2025 erließ der Internationale Strafgerichtshof Haftbefehle gegen zwei Taliban-Führer mit der Feststellung, es gebe hinreichende Gründe zu der Annahme, dass sie Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hätten, indem sie Verfolgung aus Gründen des Geschlechts und aus politischen Gründen angeordnet, dazu aufgefordert oder dazu angestiftet hätten. Eine Koalition von Ländern hat die Taliban aufgefordert, Verstöße gegen das Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau zu unterlassen.<sup>70</sup>

## H. Reform des Sicherheitssektors und Teilhabe von Frauen an nationalen Sicherheitsinstitutionen

70. 2024 veröffentlichten die Vereinten Nationen ihren allerersten globalen Bericht mit Daten zum Status von Frauen in Streitkräften.<sup>71</sup> Daraus geht hervor, dass in den letzten zehn Jahren mehrere Mitgliedstaaten den Frauenanteil in ihrem Militär deutlich steigern konnten.<sup>72</sup> Von den 53 Bericht erstattenden Ländern hatten 77 Prozent nach eigenen Angaben die Geschlechtergleichstellung in ihre nationalen Strategien, Politikmaßnahmen und Pläne im

<sup>67</sup> Siehe <https://www.globaljusticecenter.net/update-the-universal-jurisdiction-case-against-myanmar-officials/>.

<sup>68</sup> Siehe E/CN.6/2025/3/Rev.1.

<sup>69</sup> Siehe <https://www.icj-cij.org/case/178>.

<sup>70</sup> Siehe <https://www.dfat.gov.au/news/media-release/launch-initiative-accountability-afghanistans-violations-cedaw-declaration>.

<sup>71</sup> United Nations, *Towards Equal Opportunity for Women in the Defence Sector* (New York, 2024).

<sup>72</sup> Einige Länder, darunter Argentinien, Australien, Dänemark, die Dominikanische Republik, Ghana, die Mongolei, Nigeria, Südafrika und Uruguay, verzeichneten einen Zuwachs von mehr als 15 Prozentpunkten.



Bereich Verteidigung integriert. Allerdings ist der Frauenanteil in Verteidigungsfunktionen insgesamt nach wie vor gering. In den Ländern, die auf die Umfrage antworteten, stellen Frauen nur 12 Prozent der Angehörigen der Armee, 15 Prozent in der Luftwaffe, 14 Prozent in der Marine und 16 Prozent in der Gendarmerie. Im Durchschnitt stieg der Frauenanteil in den Streitkräften zwischen 2016 und 2022 von 11 auf 14 Prozent. In den obersten militärischen Führungspositionen sind Frauen nach wie vor selten anzutreffen: 97 Prozent der Offiziere mit Sterne- und Flaggenrang (Generäle und Admiräle) sind Männer, und weniger als einer von zehn Offizieren der oberen Grade und etwa einer von sechs Offizieren der unteren Grade sind Frauen. Frauen werden häufiger für Unterstützungsdienste eingesetzt, und selbst wenn es ihnen gesetzlich erlaubt ist, sich Kampfseinheiten anzuschließen, bleibt ihre Beteiligung daran mit etwa 10 Prozent gering.

71. Dem Bericht zufolge besteht eine der wichtigsten Barrieren für die Rekrutierung und den Verbleib von Frauen in Verteidigungseinrichtungen oder im Verteidigungssektor in mangelnder Unterstützung bei der Wahrnehmung von Familienpflichten und Kinderbetreuungsaufgaben, gefolgt von einer männlich geprägten institutionellen Kultur und tief verwurzelten gesellschaftlichen Geschlechterstereotypen. Zwar haben mehrere Länder Gleichstellungsstrategien speziell für ihr Verteidigungs- und ihr Innenministerium erarbeitet, doch wurde deren wirksame Operationalisierung dadurch behindert, dass Bewertungen und Daten zu bestehenden Barrieren, unter anderem auch in den Aufsichtsmechanismen für den Verteidigungssektor, fehlen, geschlechtsspezifische Verpflichtungen keinen Eingang in Militärhaushalte finden und es an maßgeschneiderten Umsetzungsplänen für die einzelnen Militärzweige und Lenkungsstrukturen mangelt. In dem Bericht ergeht der Aufruf an alle Mitgliedsstaaten, Barrieren für die Teilhabe von Frauen zu ermitteln, die Rekrutierungsbemühungen zu verbessern, die Bindung zu steigern, eine inklusive Kultur zu fördern, sexuelle Diskriminierung und Belästigung zu bekämpfen, die Laufbahnentwicklung zu unterstützen und faire Aufstiegschancen für Frauen zu gewährleisten.

72. In der Erhebung, die UN-Frauen zur Überprüfung der Umsetzung der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing zu deren dreißigstem Jahrestag durchführte und auf die 159 Länder antworteten, gaben 69 Prozent der von Konflikten betroffenen Länder an, sie hätten die Kapazitäten der Institutionen des Sicherheitssektors zur Förderung der Menschenrechte und zur Prävention sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt sowie sexueller Ausbeutung und sexuellen Missbrauchs ausgebaut. Gemeinsame Maßnahmen sind unter anderem die Bewertung von Barrieren zur Ermittlung der Hindernisse für die Teilhabe von Frauen am nationalen Sicherheitssektor sowie die Umsetzung und Anpassung von Rekrutierungszielen und -richtlinien, darunter Änderungen der Aufnahmevoraussetzungen, sowie von Strategien in Bezug auf Unterbringung, Ausstattung, Kinderbetreuung und Informationsarbeit. Im Mittelpunkt weiterer Bemühungen standen die Prävention von sexueller Belästigung, sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch sowie von sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, die Förderung des Bewusstseins für Geschlechtergleichstellung und Menschenrechtsfragen bei den Sicherheitsakteuren und die Stärkung der Aufsichts- und Überprüfungsmechanismen.

73. Der Fonds der Elsie-Initiative für Frauen in Uniform bei Friedensmissionen hatte 2024 wichtigen Anteil daran, Anreize für die Rekrutierung von Frauen in Ländern zu schaffen, die Truppen und Polizeikräfte für Friedenssicherungsmissionen stellen. So unterstützte der Fonds in Ghana Rekrutierungskampagnen, die über 21.000 Studentinnen erreichten und dazu beitrugen, dass sich der Anteil der Rekrutinnen zwischen 2021 und 2024 von 16 auf 26 Prozent erhöhte.<sup>73</sup> Der Partnerschaft des Fonds mit Senegal ist es zu verdanken, dass der Frauenanteil in den Polizeikräften des Landes von 9 auf 15 Prozent stieg und die

<sup>73</sup> Siehe <https://elsiefund.org/wp-content/uploads/2025/06/EIF-AR-2024.pdf>.



Nationalversammlung Haushaltsmittel dafür bewilligte, die Arbeit und die Aktivitäten der in den Streitkräften und der Gendarmerie eingerichteten Gruppen für Geschlechter- und Gleichstellungsfragen zu finanzieren.

## **I. Verhütung und Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltextremismus**

74. Während der Zusammenhang zwischen Frauen und Frieden und Sicherheit und den Bemühungen um Terrorismusbekämpfung und Verhütung von Gewaltextremismus in den vergangenen zehn Jahren fest in vielen Resolutionen des Sicherheitsrats und in der Politik der Vereinten Nationen verankert wurde, findet er in der Praxis der Akteure im Bereich Sicherheit und Terrorismusbekämpfung weitaus weniger Beachtung. Die Ideologie, Strategie und Finanzierung der berüchtigtsten terroristischen Gruppen sind von Frauenfeindlichkeit, militarisierten Männlichkeitskonstrukten und der Manipulation von Geschlechterrollen und -normen geprägt. Die für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Militär- und Sicherheitsinstitutionen werden jedoch überwiegend von Männern geleitet und sind für geschlechtsspezifische Stereotype und Voreingenommenheit anfällig. Gemeinschaften mit stark ausgeprägter Geschlechtergleichstellung sind gegenüber Gewaltextremismus widerstandsfähiger.<sup>74</sup> Frauen sind bei der Konzeption und Durchführung der Interventionen, die den größten Teil der Finanzmittel und die meiste Aufmerksamkeit erhalten, nach wie vor unterrepräsentiert, obwohl sie sich bei der Prävention von Gewaltextremismus in ihren Gemeinschaften als leistungsfähige Akteurinnen erwiesen haben. In Somalia etwa spielen 17 Frauennetzwerke im Rahmen des gemeinsamen Programms für Frauen, Frieden und Schutz eine zentrale Rolle dabei, die Rekrutierung von Jugendlichen für gewalttätige extremistische Gruppen zu verhindern, und sie unterstützen die Bemühungen um Wiedereingliederung in die Gemeinschaft.

75. In den letzten Jahren hat sich der Schwerpunkt terroristischer Aktivitäten aus dem Nahen Osten in den Zentralsahel und andere Teile Afrikas südlich der Sahara, etwa das Tschadseebecken, die Demokratische Republik Kongo, Mosambik oder Somalia, verlagert, auf die zusammen fast 60 Prozent der Todesfälle durch Terrorismus entfallen. Über das Leben von Frauen und Mädchen in den von diesen Gruppen kontrollierten Gebieten ist nur sehr wenig bekannt, zum Teil aufgrund des mangelnden Zugangs und der Angst vor Vergeltungsmaßnahmen bei der Weitergabe von Informationen. In Somalia setzt Al-Shabaab konfliktbezogene sexuelle Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Strategie zur Unterwerfung der von ihr kontrollierten Gemeinschaften sowie Entführung und Zwangsheirat als Form der Entschädigung für ihre Kämpfer und als Mittel ein, Verbindungen zu einflussreichen Clanführern herzustellen. Im Zentralsahel haben terroristische Gruppen strenge soziale Regeln erlassen, die die Menschenrechte unterdrücken, insbesondere diejenigen von Frauen und Mädchen. In Burkina Faso nahmen Geiselnahmen von Frauen und Mädchen 2024 um 218 Prozent zu. In der gesamten Region haben viele Frauen, die infolge der Präsenz dieser Gruppen vertrieben wurden, keinen Zugang mehr zu ihren Grundstücken und ihrem Vieh und können zugleich aufgrund von Marktschließungen ihre Produkte nicht verkaufen. In Burkina Faso, Mali und Niger wird etwa einer Million Mädchen Bildung vorenthalten, weil Tausende von Schulen geschlossen wurden. Im Tschadseebecken war das Ausmaß der von terroristischen Gruppen begangenen schweren Verletzungen der Rechte von Mädchen besonders hoch: 2024 waren 60 Prozent mehr Mädchen als Jungen Opfer derartiger von den Vereinten Nationen verifizierter Rechtsverletzungen.

<sup>74</sup> UN-Women, „Global digital consultation: civil society voices on the gendered dimensions of violent extremism and counter-terrorism responses“ (2021).

76. Die Situation der Frauen und Mädchen, die in den Lagern Al-Hol und Al-Roj sowie an anderen Haftorten im Nordosten der Arabischen Republik Syrien wegen angeblicher Zugehörigkeit zu Daesh (Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante) festgehalten werden, ist nach wie vor desolat und aus sicherheitsrelevanter, menschenrechtlicher und humanitärer Sicht unhaltbar. In Irak stoßen aus diesen Lagern zurückgekehrte Frauen auf Hindernisse bei der Beschaffung amtlicher Unterlagen, die oft die Zustimmung eines Mannes erfordern, oder wenn sie Anzeige gegen Verwandte mit Verbindungen zu Daesh erstatten wollen.

## J. Der Klimawandel und seine Folgen für Frieden und Sicherheit

77. Der Klimawandel verschärft die durch zunehmende Konflikte entstehenden Risiken und verstärkt bestehende Anfälligkeiten und Spannungen. Nach Schätzungen des UNHCR leben 90 Millionen Vertriebene in Ländern, die in hohem bis extremem Maß klimabedingten Gefahren ausgesetzt sind, und fast die Hälfte aller Vertriebenen hat sowohl unter Konflikten als auch unter den nachteiligen Auswirkungen des Klimawandels zu leiden. Dies betrifft Länder wie Äthiopien, Haiti, Jemen, die Demokratische Republik Kongo, Libanon, Myanmar, Somalia, Sudan und Syrien.<sup>75</sup>

78. In mehreren internationalen Rahmen und Grundsatzdokumenten wird anerkannt, dass die Auswirkungen des Klimawandels, die Umweltzerstörung und die Verknappung natürlicher Ressourcen weltweit für mehr Unsicherheit und Instabilität sorgen. Immer mehr Studien zeigen, wie die Klimakrise bestehende geschlechtsspezifische Ungleichheiten und Risiken verstärkt und eine einzigartige Bedrohung für die Lebensgrundlagen, die Sicherheit und den Schutz von Frauen und Mädchen darstellt.<sup>76</sup> Der Abbau natürlicher Ressourcen führt zu Konflikten und Menschenrechtsverletzungen gegenüber Frauen und Mädchen, unter anderem in der Demokratischen Republik Kongo und in Myanmar, wo bewaffnete Gruppen um die Kontrolle über Mineralien und andere wertvolle Rohstoffen ringen.<sup>77</sup>

79. Anstrengungen zur Stärkung geschlechtergerechter Klimarisikobewertungen und Klimamaßnahmen sind im Gange. So sind das Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten, die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen, UN-Frauen und das Start Network Teil einer sich fortentwickelnden globalen Initiative zur Verbesserung von Vorhersageanalysen, die die unterschiedliche Exposition von Frauen gegenüber klimabedingten Risiken und Mobilitätsmustern berücksichtigen und geschlechtsspezifische Analysen in vorausschauende Handlungsrahmen im Sahel und im Horn von Afrika einbeziehen.

80. Nationale Aktionspläne für Frauen und Frieden und Sicherheit können wichtige Instrumente zur besseren Verknüpfung von Bemühungen in den Bereichen Gleichstellung, Klima und Frieden darstellen. Zwischen 2023 und Juni 2025 stieg die Zahl derartiger Pläne mit Klimabezug von 43 auf 53. Allerdings ist es wichtig, über bloße Verweise auf das Klima hinaus konkrete Maßnahmen zu ergreifen. Neue, auf Erfahrungen aus der asiatisch-pazifischen Region beruhende Leitlinien liefern praktische Beispiele dafür, wie der Klimawandel

<sup>75</sup> Siehe <https://www.unhcr.org/publications/no-escape-frontlines-climate-change-conflict-and-forced-displacement>.

<sup>76</sup> Siehe <https://www.gender-nr-peace.org/about>.

<sup>77</sup> Siehe <https://www.ohchr.org/en/press-releases/2023/11/military-coup-has-exacerbated-already-severe-climate-risks-myanmar-un> und [www.amnesty.org/en/location/africa/east-africa-the-horn-and-great-lakes/democratic-republic-of-the-congo/report-democratic-republic-of-the-congo/](https://www.amnesty.org/en/location/africa/east-africa-the-horn-and-great-lakes/democratic-republic-of-the-congo/report-democratic-republic-of-the-congo/).

auf eine Weise in diese Pläne integriert werden kann, die ihre Anpassung an lokale Gegebenheiten ermöglicht.<sup>78</sup>

81. Auf der neunundzwanzigsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Baku wurde im Rahmen der Erörterungen über die Erschließung von Finanzmitteln für geschlechtergerechte Klimasicherheit und geschlechtergerechten Frieden die Notwendigkeit betont, der direkten Finanzierung von Frauenorganisationen Priorität beizumessen. Der Fonds für Frauen in der Friedensarbeit und humanitären Hilfe trägt aktiv dazu bei, die Finanzierungslücke zu schließen, und zwar über die Förderinitiative Frauen und Klimasicherheit<sup>79</sup>, mit der bis zu 25 Millionen Dollar mobilisiert werden sollen. Seit ihrer Aufnahme auf der achtundzwanzigsten Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens konnte die Initiative Anfangsinvestitionen von 6 Millionen Dollar zur Unterstützung von Frauenorganisationen sichern. Der Schwerpunkt der Projekte liegt auf der Förderung einer geschlechtergerechten Umweltordnung mit dem Ziel, Konflikte zu verringern und die Führungsrolle von Frauen in den Bereichen nachhaltige Landwirtschaft, Anpassung an den Klimawandel und Friedenskonsolidierung zu stärken.

82. Menschenrechtsverteidigerinnen, feministische Basisgruppen und indigene Frauen, darunter junge Umweltaktivistinnen, sind bei klimabezogenen Verhandlungen und Entscheidungsprozessen weiter regelmäßig ausgegrenzt und unterschiedlichen Drohungen, Gewalthandlungen und Vergeltungsmaßnahmen ausgesetzt. Die für November 2025 in Belém (Brasilien) anberaumte dreißigste Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens und die Ausarbeitung neuer Aktionspläne für Geschlechtergleichstellung bieten wichtige Gelegenheiten, das Verständnis der Zusammenhänge zwischen Gleichstellungsfragen, natürlichen Ressourcen, Klima und Frieden zu vertiefen und den Schutz von Personen, die sich für die Umwelt und die Friedenskonsolidierung engagieren, zu steigern, geschlechtsspezifische Gewalt zu verhüten, die Teilhabe und Führungsrolle von Frauen zu fördern und den Zugang zu Finanzmitteln zu verbessern sowie Lücken in Bezug auf geschlechtsspezifische Klimadaten, auch in Konflikt- und Krisensituationen, zu schließen.

## **IV. Maßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen in Bezug auf Frauen und Frieden und Sicherheit**

### **A. Maßnahmenplanung und Ergebnisüberwachung auf nationaler und regionaler Ebene**

83. Wenngleich mehrere Akteure eine zentrale Rolle bei der Verwirklichung der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit spielen, obliegt es in erster Linie den Mitgliedstaaten, sicherzustellen, dass die globalen Verpflichtungen und Zusagen in diesem Bereich in die innerstaatlichen Politikmaßnahmen, Gesetze, Planungsprozesse und Haushaltsverfahren einbezogen werden. Wie nah die Länder der Verwirklichung der Vision von Frieden und Gleichheit entsprechend der Agenda kommen oder wie weit sie davon entfernt sind, ist daher unmittelbar mit den Maßnahmen und Beschlüssen verknüpft, die die Mitgliedstaaten auf nationaler Ebene sowie in regionalen und internationalen Foren treffen.

<sup>78</sup> Siehe <https://asiapacific.unwomen.org/de/stories/feature-story/2025/06/un-women-launches-women-peace-and-climate-security-guide-for-asia-and-the-pacific>.

<sup>79</sup> Siehe <https://wphfund.org/women-and-climate-security/>.

84. Der bemerkenswerte Anstieg der Zahl der Länder und Hoheitsgebiete, die in den letzten zwei Jahrzehnten nationale Aktionspläne für Frauen und Frieden und Sicherheit beschlossen haben, sowie die Zunahme eigens dafür konzipierter regionaler Rahmen und feministischer außenpolitischer Ansätze geben Anlass zur Hoffnung. Ermutigend ist auch die wachsende Zahl der Beitritte von Akteuren zu den Gruppen, die sich für die Agenda starkmachen, etwa das Netzwerk der Anlaufstellen für Frauen und Frieden und Sicherheit, das derzeit unter dem Vorsitz von Japan und Norwegen steht und derzeit immerhin 106 Mitglieder zählt.<sup>80</sup> Darüber hinaus hat sich die Zahl der Unterzeichneten des Paktes für Frauen, Frieden und Sicherheit und humanitäre Hilfe seit seiner Einführung 2021 mehr als verdoppelt und stieg 2025 auf 242.<sup>81</sup> Auf dieses beeindruckende Zeugnis des Engagements und der Unterstützung für die Agenda müssen jedoch praktische Schritte folgen, und zwar dann und dort, wo es am meisten darauf ankommt, insbesondere angesichts dessen, dass die Geschlechtergleichstellung und die Menschenrechte der Frauen in vielen Kontexten bedroht sind.

85. Seit der Vorlage des ersten nationalen Aktionsplans für Frauen und Frieden und Sicherheit im Jahr 2005 haben 58 Prozent der Mitgliedstaaten mindestens einen derartigen Plan verabschiedet, womit sich ihre Gesamtzahl, einschließlich der Hoheitsgebiete, bis Juni 2025 auf 113 erhöht hat. Allein 2024 wurden neun neue Pläne angenommen, darunter erstmals in Ecuador, Kolumbien, Simbabwe und Vietnam. Damit die Pläne jedoch Wirkung zeigen können, ist es grundlegend wichtig, angemessene Haushaltsmittel bereitzustellen. Viele Länder und Hoheitsgebiete tun sich noch immer schwer damit, ihre Pläne vollständig zu finanzieren, und sind bei der Umsetzung auf Unterstützung von außen angewiesen. Anlässlich des 25-jährigen Jubiläums der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit ist es an der Zeit, die Rolle der nationalen Aktionspläne zu überdenken und sie nicht länger nur als am Rande von Friedens- und Sicherheitsprozessen angesiedelte Politikrahmen zu betrachten. Vielmehr sollten sie als strategische Konzepte für Konfliktprävention und Krisenreaktion dienen, die eine stärkere Institutionalisierung erfordern, und zwar nicht nur innerhalb des Sicherheitssektors, sondern auch in miteinander verflochtenen Bereichen wie Klimamaßnahmen oder Wiederherstellung und Wiederaufbau. Dass für diese Pläne zunehmend Lenkungsausschüsse unter Beteiligung einer Vielzahl von Interessenträgern eingesetzt werden, ist ermutigend, da dies Möglichkeiten zur Stärkung der themenübergreifenden Koordination, Finanzierung und Datenerhebung bietet. Mehr als ein Dutzend Länder haben lokale Aktionspläne beschlossen, die einen besseren Zuschnitt der Maßnahmen auf den Kontext ermöglichen, unter anderem durch Konfliktbeilegung auf lokaler Ebene, und die in einigen Fällen konkret Finanzmittel für die Durchführung umfassen.

86. Nationale Menschenrechtsinstitutionen und internationale Menschenrechtsmechanismen sowie Ermittlungen und Untersuchungen sind nach wie vor ein entscheidendes Element, wenn es darum geht, Rechenschaft für die Einhaltung der Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit zu gewährleisten und sicherzustellen, dass die Menschenrechte in Konflikt- und Krisensituationen geschützt werden. 2024 verfügten von den 30 konfliktbetroffenen Ländern, für die Daten vorlagen, 18 Länder (60 Prozent) über nationale Menschenrechtsinstitutionen. In den vergangenen 25 Jahren hat der Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau im Friedens- und Sicherheitsdiskurs eine wesentliche Rolle bei der Förderung der Menschenrechte von Frauen gespielt. Die Arbeiten des Ausschusses in diesem Bereich umfassen seine Abschließenden Bemerkungen zu von Konflikten betroffenen Staaten, außerordentliche Tagungen des Ausschusses und seine Berichterstattung über Konfliktkontexte sowie seine Allgemeinen Empfehlungen, darunter die Allgemeine Empfehlung Nr. 30 (2013) über Frauen in der

<sup>80</sup> Siehe <https://wpsfocalpointsnetwork.org/>.

<sup>81</sup> Siehe <https://wpshcompact.org/>.

Konfliktprävention und in Konflikt- und Postkonfliktsituationen und die Allgemeine Empfehlung Nr. 40 (2024) über die gleichberechtigte und inklusive Vertretung von Frauen in Entscheidungssystemen.

## **B. Führungsverantwortung, Koordinierung und Rechenschaft innerhalb der Vereinten Nationen**

87. Seit seinem vorangegangenen Bericht haben der Generalsekretär und das System der Vereinten Nationen mehrere Schritte unternommen, um sicherzustellen, dass die Organisation ihren Verpflichtungen in Bezug auf Frauen und Frieden und Sicherheit nachkommt, raschere Fortschritte bei der Geschlechtergleichstellung erzielt und mit gutem Beispiel vorangeht. Nachdem 2024 der Systemweite Plan der Vereinten Nationen zur Beschleunigung der Geschlechtergleichstellung eingeführt wurde<sup>82</sup>, veröffentlichte der Generalsekretär 2025 einen dringlichen Aufruf zur Geschlechtergleichstellung, in dem er ein systemweites Engagement und einen auf starker Führungsverantwortung beruhenden politischen Kurs für eine aktive Auseinandersetzung mit dem Widerstand gegen die Geschlechtergleichstellung, die Verhinderung ihrer Erosion und die Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Menschenrechte aller Frauen und Mädchen in allen Aspekten der Arbeit der Vereinten Nationen darlegte.

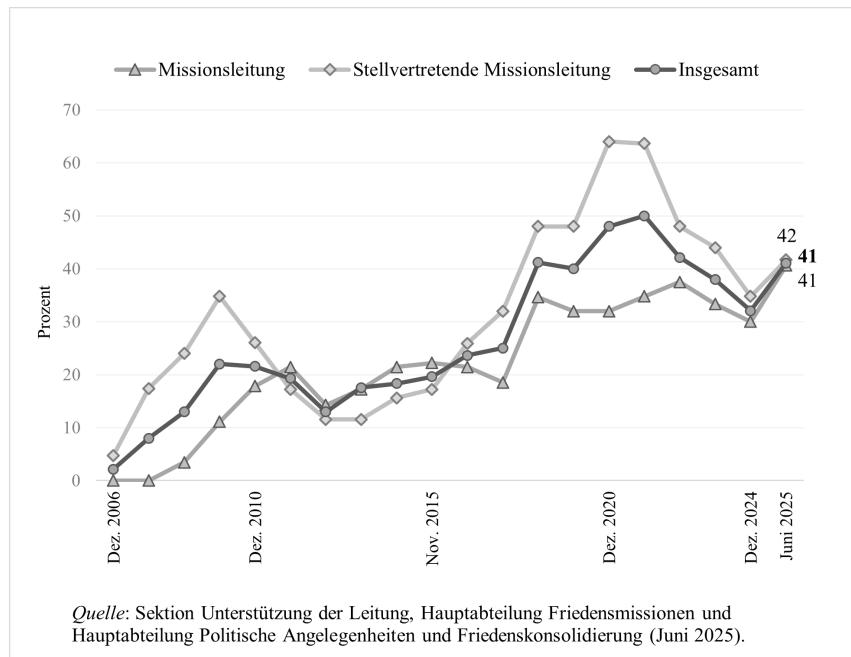
88. Mehrere Maßnahmen wurden ergriffen, um sicherzustellen, dass die Führungsebene für die zehn Kernverpflichtungen des Generalsekretärs im Bereich Frauen und Frieden und Sicherheit (siehe S/2019/800) und ihre Erfüllung bis 2026 rechenschaftspflichtig ist. Sämtliche Missionsleiterinnen und -leiter wurden direkt an ihre Verantwortung für die Umsetzung dieser Verpflichtungen erinnert, und in Anbetracht der anhaltenden Unterrepräsentation von Frauen in Friedens- und Politikprozessen weltweit beruft der Generalsekretär nun jährlich alle seine Gesandten und Sonderbeauftragten im Feld ein, um diese Frage anzusprechen. Während des ersten Treffens dieser Art im März 2025 rief er dringend zu verstärkten Bemühungen auf, die Teilhabe von Frauen auf jede erdenkliche Weise zu fördern, und legte den Missionen der Vereinten Nationen vor Ort eindringlich nahe, dem anhaltenden Widerstand gegen die Geschlechtergleichstellung zu begegnen und sicherzustellen, dass die Stimmen der Frauen weder an den Rand gedrängt noch zum Schweigen gebracht werden. Hinsichtlich der Anwendung geschlechtsspezifischer Analysen und einer Berichterstattung zu diesen Fragen gibt es noch Verbesserungspotenzial.

89. Die Vereinten Nationen sind nach wie vor fest entschlossen, bei ihren hochrangigen Bediensteten weltweit Geschlechterparität zu erreichen und aufrechtzuerhalten. Nachdem 2021 erstmals Parität in der Leitung und stellvertretenden Leitung von Missionen erzielt wurde, ist der Frauenanteil seitdem jedoch wieder rückläufig. Mit Stand vom Juni 2025 war der Anteil der Missionsleiterinnen so hoch wie nie zuvor (siehe Abbildung V). Auf die 2024 veröffentlichte weltweite Aufforderung des Generalsekretärs zur Einreichung von Nominierungen ging die bislang höchste Zahl von Nominierungen durch Mitgliedstaaten und Einzelbewerbungen ein, und 55 Prozent der von den Mitgliedstaaten vorgeschlagenen Kandidaten waren Frauen.

<sup>82</sup> Siehe <https://www.un.org/en/gender-equality-acceleration-plan>.

Abbildung V

**Vertretung von Frauen in der Leitung von Missionen der Vereinten Nationen als Anteil an den gesamten Stellen, Dezember 2006–Juni 2025**



90. Das System der Vereinten Nationen wurde damit betraut, im Rahmen seiner normativen Arbeit und seiner Tätigkeiten eine breite Palette wichtiger Mandate im Bereich Frauen und Frieden und Sicherheit zu erfüllen, was einschlägiges spezialisiertes Fachwissen erfordert. Sachverstand in Geschlechterfragen hat in mehreren Situationen etwas bewirkt, nämlich Politikentscheidungen, die auf einer kontextspezifischen geschlechtsdifferenzierten Analyse beruhen und zu normativen Fortschritten und Durchbrüchen geführt haben, eine höhere Wirksamkeit von Friedensmissionen, eine effizientere Krisenreaktion und besser ausgestattete Verstärkungskapazitäten, verbesserte Dienstleistungen für Überlebende von geschlechtsspezifischer Gewalt und insgesamt inklusivere Prozesse, die sicherstellen, dass Bedürfnisse nicht übersehen werden und alle Meinungen gehört werden. Im Laufe des vergangenen Vierteljahrhunderts wurde eine dynamische institutionelle Architektur für Gleichstellungsfragen errichtet, die dazu dient, im Rahmen von Friedenssicherungseinsätzen der Vereinten Nationen, besonderen politischen Missionen und Landesteams der Vereinten Nationen auf Konflikte und Krisen zu reagieren, unter anderem in Form von Verstärkungskapazitäten und durch die Gründung von UN-Frauen im Jahr 2010. Dennoch mangelt es in mehreren Krisenkontexten an hauptamtlichen Fachkräften für Geschlechterfragen, insbesondere bei mittelgroßen oder langwierigen Einsätzen, und die Gleichstellungsarbeit auf Feldebene wird häufig in Form von freiwilligen Beiträgen oder Teilzeittätigkeit erbracht, was zu Unstimmigkeiten in Bezug auf Qualität, Reichweite und Einfluss führt. Im Zuge der Anpassung der Vereinten Nationen an die derzeitige Finanzierungslandschaft wird es wichtig sein, diese Architektur zu stärken.

## C. Finanzierung für Frauen und Frieden und Sicherheit

91. Die für Frieden, Entwicklung und die Verwirklichung von Rechten, einschließlich der Geschlechtergleichstellung, bereitgestellten Mittel sind rückläufig, während der Bedarf steigt. In dem Bericht über die Überprüfung und Bewertung der Umsetzung der Erklärung und der Aktionsplattform von Beijing ([E/CN.6/2025/3/Rev.1](#)) wurde festgestellt, dass die für Frauen und Frieden und Sicherheit sowie für humanitäre Maßnahmen verfügbaren Finanzmittel dem Ausmaß der Herausforderung nicht gerecht werden. In Anbetracht dessen, dass bis 2030, der Frist für die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung, weniger als fünf Jahre verbleiben, muss die Weltgemeinschaft eine Kurskorrektur vornehmen und den Kompass fest auf die Verwirklichung dieser Ziele und Verpflichtungen ausrichten.

92. Wie aus den jüngsten verfügbaren Daten zur bilateralen öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit<sup>83</sup> für den Zweijahreszeitraum 2022-2023 hervorgeht, betrug die bilaterale Hilfe für Kontexte mit hoher und extremer Fragilität<sup>84</sup> durchschnittlich 50 Milliarden Dollar jährlich, wobei der Anteil der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Gleichstellungszielen von 44 auf 49 Prozent stieg (siehe Abbildung VI). Allerdings wurden nur 2,5 Milliarden Dollar (5,2 Prozent) für Geschlechtergleichstellung als Hauptziel<sup>85</sup> bereitgestellt, was einem leichten Rückgang gegenüber dem früheren Wert von 5,4 Prozent entspricht. Die bilaterale Hilfe zur Unterstützung von Frauenrechtsorganisationen und -bewegungen (ohne staatliche Einrichtungen) in Kontexten mit hoher und extremer Fragilität verharrte im Zeitraum 2022-2023 auf einem niedrigen Stand von durchschnittlich 186 Millionen Dollar (0,4 Prozent der bilateralen Hilfe für Konfliktkontexte) pro Jahr, während es im Zeitraum 2020-2021 noch 205 Millionen Dollar jährlich waren. Dieser Anteil liegt nach wie vor unter der von den Vereinten Nationen empfohlenen Zuweisung von mindestens 1 Prozent der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit zugunsten von Frauenorganisationen in von Konflikten betroffenen Ländern.<sup>86</sup> Die Erfüllung der empfohlenen Zielvorgaben sollte Priorität haben, insbesondere eingedenk der potenziellen positiven Wirkung, die eine deutliche Ausweitung der Unterstützung für Frauenorganisationen auf dauerhaften Frieden und nachhaltige Entwicklung sowie auf das Wohl der Gemeinschaft haben könnte.

<sup>83</sup> Die bilaterale Hilfe bildet die Lage nur unvollständig ab. Die Zahlen des Ausschusses für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) liefern jedoch die im Zeitverlauf am besten vergleichbaren Daten und gute Anhaltspunkte für die allgemeinen Trends.

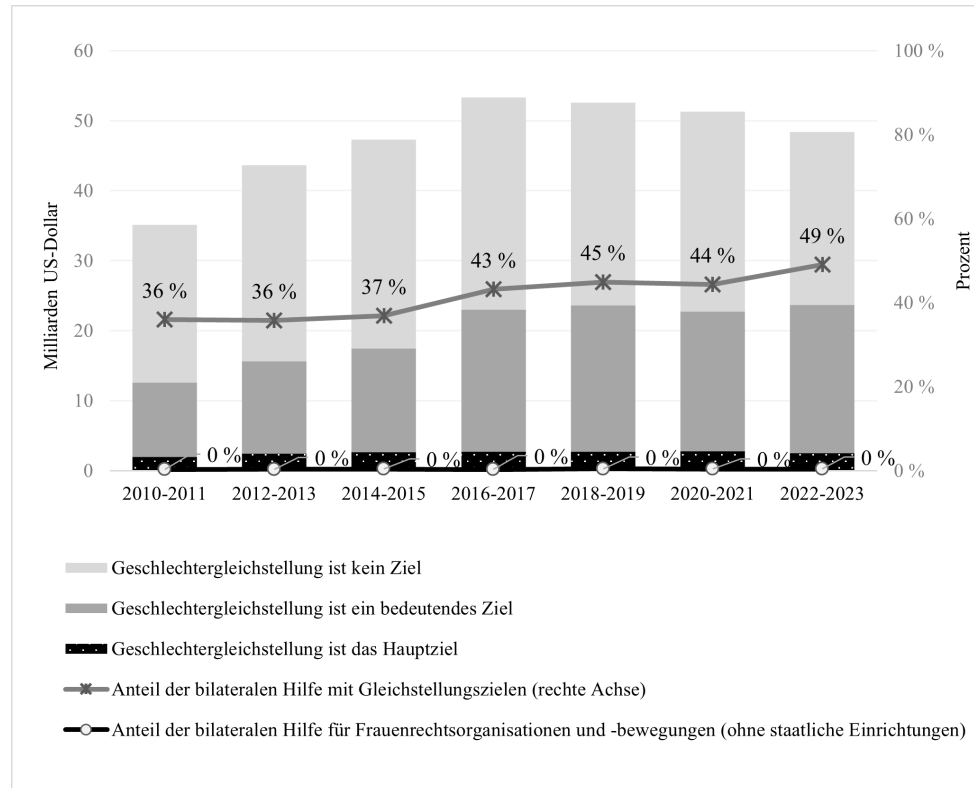
<sup>84</sup> 2025 bestimmte die OECD 61 Kontexte mit hoher oder extremer Fragilität als den gravierendsten Auswirkungen von Krisen, Konflikten und Instabilität.

<sup>85</sup> Gemäß dem Gleichstellungsmarker des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit der OECD bedeutet „Hauptziel“, dass die Geschlechtergleichstellung das wichtigste Ziel des Projekts oder Programms und von grundlegender Bedeutung für seine Konzeption und für die erwarteten Ergebnisse ist.

<sup>86</sup> Siehe [S/2023/725](#) und Vereinte Nationen, „Unsere gemeinsame Agenda – Kurzdossier 9: Neue Agenda für den Frieden“, Juli 2023 ([A/77/CRP.1/Add.8](#)), Maßnahme 5.



Abbildung VI  
**Bilaterale Hilfe zur Unterstützung von Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten in Kontexten mit hoher und extremer Fragilität, Jahresdurchschnitt je Zweijahreszeitraum (2010-2011 bis 2022-2023)**



Quelle: Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), Datenbank des Creditor Reporting System, abgerufen am 12. Mai 2025.

Anmerkung: Bilaterale Hilfe von Mitgliedern des Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit.

93. Nach vorläufigen Daten der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ging die internationale Hilfe öffentlicher Geber 2024 real um 7,1 Prozent gegenüber 2023 und damit erstmals seit sechs Jahren zurück.<sup>87</sup> Bei einem Drittel der 33 Mitglieder des Ausschusses für Entwicklungshilfe war die Geschlechtergleichstellung bei der Hilfe für Länder mit hoher und extremer Fragilität im Zeitraum 2022-2023 weniger ein Schwerpunkt als im Zeitraum 2020-2021. Zudem zeigen Analysen, dass die Geschlechtergleichstellung betreffende Verpflichtungen nach wie vor ungleichmäßig in die einzelnen Entwicklungsthemen und Sektoren eingebunden sind.<sup>88</sup> Bei der humanitären Hilfe ist die Geschlechtergleichstellung nach wie vor kaum ein Thema: Nur etwa 20 Prozent der bilateralen Hilfe sind für Interventionen bestimmt, bei denen Geschlechtergleichstellung das Hauptziel oder ein wichtiges Ziel ist. Darüber hinaus ist die Hilfe für so wichtige Bereiche wie die Finanzierung der sexuellen und reproduktiven Gesundheit ohnehin schon

<sup>87</sup> Siehe <https://www.oecd.org/en/about/news/press-releases/2025/04/official-development-assistance-2024-figures.html>.

<sup>88</sup> Siehe [https://www.oecd.org/en/publications/development-finance-for-gender-equality-2024\\_e340afbf-en.html](https://www.oecd.org/en/publications/development-finance-for-gender-equality-2024_e340afbf-en.html).

unzureichend und oft eingeschränkt. In jüngster Zeit angekündigte weitere erhebliche Kürzungen erfassten auch Geber, die sich zuvor durch ihre Unterstützung für die Geschlechtergleichstellung in von Konflikten und Krisen betroffenen Ländern hervorgetan hatten. Diese Änderungen stehen in krassem Gegensatz zu der im letzten Jahr vom Ausschuss für Entwicklungszusammenarbeit angenommenen Empfehlung. Mehrere Institutionen und Organisationen der Vereinten Nationen haben eindringlich vor der sich verschärfenden Finanzierungskrise und den Auswirkungen der einschneidenden Mittelkürzungen des vergangenen Jahres gewarnt. Die am stärksten betroffenen Menschen gehörten ohnehin schon zu den verwundbarsten Bevölkerungsgruppen, was befürchten lässt, dass das in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung abgegebene Versprechen, niemanden zurückzulassen, möglicherweise nicht vollständig eingelöst wird.

94. Diese Kürzungen stellen für von Frauen geführte Organisationen und Frauenrechtsorganisationen, die in den aktuellen Konflikten und humanitären Krisen an vorderster Front stehen, eine existenzielle Bedrohung dar. Im März 2025 führte UN-Frauen eine weltweite Schnellumfrage durch<sup>89</sup>, um ein Verständnis der Auswirkungen dieser Mittelkürzungen auf von Frauen geführte lokale Gruppen in Krisensituationen zu erlangen. Die Ergebnisse sind höchst beunruhigend: 90 Prozent der Auskunft Gebenden meldeten finanzielle Auswirkungen, fast die Hälfte rechnete mit einer Schließung innerhalb von sechs Monaten, und die meisten hatten bereits Personal abgebaut oder wichtige Dienstleistungen eingestellt. In mehreren Kontexten fungieren diese Organisationen als Rettungsanker für Notleidende.

95. Die Vereinten Nationen haben sich weiter darum bemüht, sicherzustellen, dass sie ihren Verpflichtungen in Bezug auf Geschlechtergleichstellung sowie Frauen und Frieden und Sicherheit nachkommen, obwohl sie aufgrund von Ausfällen bei den Beiträgen von Mitgliedsstaaten mit einer sich verschärfenden Haushaltskrise zu kämpfen haben. Mehrere bereits unternommene Schritte sollen im gesamten System der Vereinten Nationen Kapazitäten schaffen, um die im Plan zur Beschleunigung der Geschlechtergleichstellung als systemweiter Standard aufgestellte Mindestvorgabe von 15 Prozent nachzuverfolgen und zu erfüllen. 2024 erstatteten 42 Institutionen über die Anwendung des Markers für Geschlechtergleichstellung Bericht. 55 Prozent wandten ihn auf alle Haushaltsquellen an, 45 Prozent dagegen selektiv.<sup>90</sup> Mehr Landesteams nutzen den Marker jetzt in ihren gemeinsamen Arbeitsplänen. 2024 wiesen 24 von 113 Landesteams (ein Fünftel) mit einem gemeinsamen Arbeitsplan mindestens 15 Prozent der nach ihrem jährlichen Finanzierungsrahmen verfügbaren Mittel Aktivitäten zu, bei denen die Geschlechtergleichstellung das Hauptziel war.<sup>91</sup>

96. Gemeinschaftsfonds zur Unterstützung von Initiativen in von Konflikten und Krisen betroffenen Gebieten können bei der Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit eine entscheidende Rolle spielen. Der nach wie vor größte Multipartner-Treuhandfonds zur Unterstützung von Friedensbemühungen und Übergängen ist der Friedenskonsolidierungsfonds, der bislang Projekte in über 60 Ländern finanziert hat. Auch dieser Fonds bekommt die Auswirkungen des derzeitigen Finanzierungsklimas zu spüren. Die freiwilligen Beiträge sind merklich gesunken, während gleichzeitig der Bedarf an Unterstützung für Friedenskonsolidierungs- und Präventionsmaßnahmen gestiegen ist.<sup>92</sup> 2024 bewilligte der Fonds 116 Millionen Dollar (gegenüber 202 Millionen Dollar 2023), wovon 49,9 Millionen Dollar (43 Prozent) schwerpunktmäßig

<sup>89</sup> Siehe <https://www.unwomen.org/en/digital-library/publications/2025/05/at-a-breaking-point-the-impact-of-foreign-aid-cuts-on-womens-organizations-in-humanitarian-crises-worldwide>.

<sup>90</sup> Siehe E/2025/58.

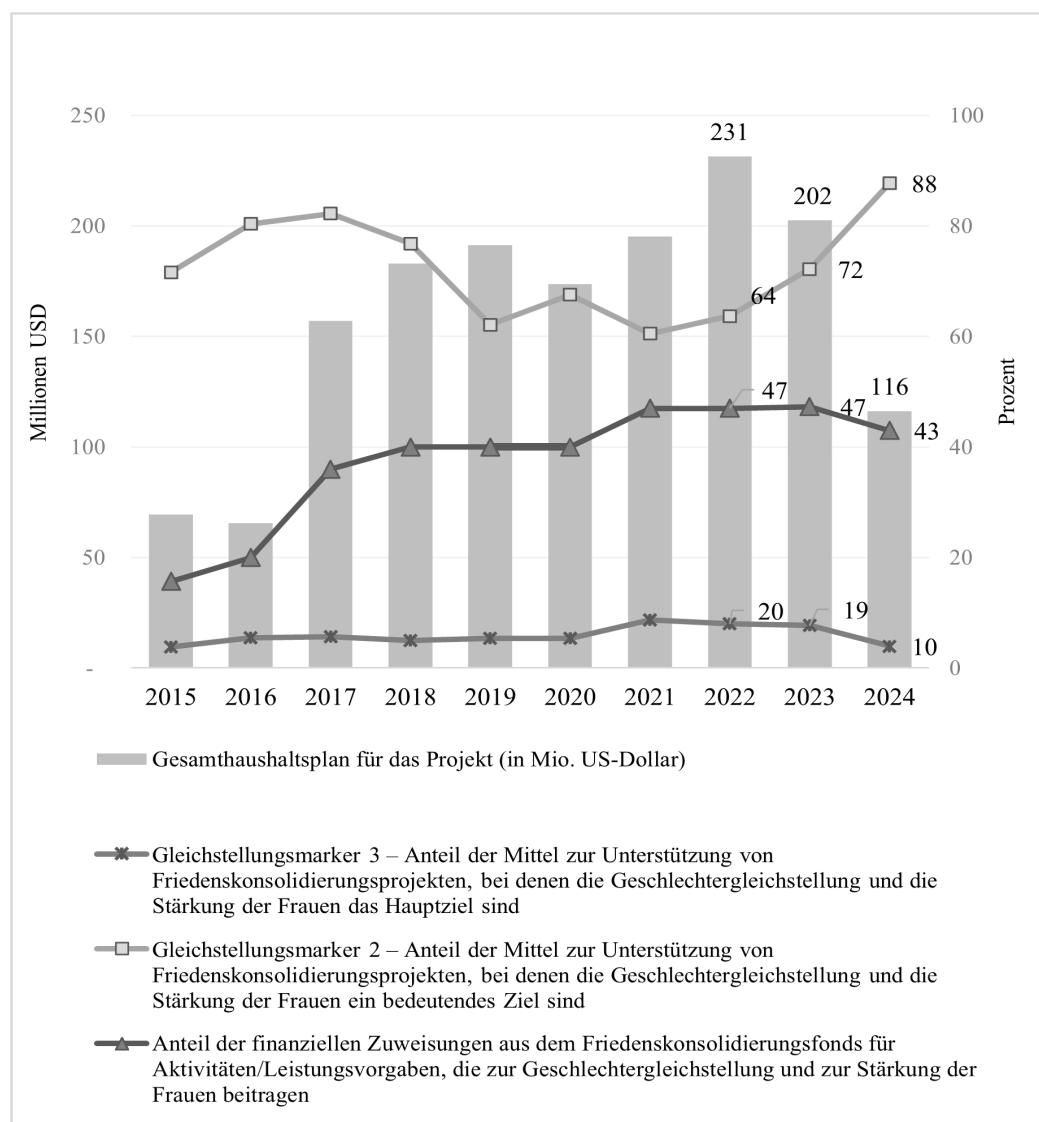
<sup>91</sup> Daten von UN INFO (<https://www.uninfo.org/>), abgerufen am 2. Juni 2025.

<sup>92</sup> [https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/pbf\\_sg\\_report\\_summary\\_2024\\_web.pdf](https://www.un.org/peacebuilding/sites/www.un.org.peacebuilding/files/documents/pbf_sg_report_summary_2024_web.pdf).

die Geschlechtergleichstellung unterstützten, verglichen mit 95,8 Millionen Dollar (47,3 Prozent) im Vorjahr (Abbildung VII).

Abbildung VII

**Zuweisungen aus dem Friedenskonsolidierungsfonds für Projekte zur Förderung der Geschlechtergleichstellung und der Stärkung der Frauen, 2015-2024**



*Quelle:* Daten des Büros zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung (abgerufen im Juni 2025).

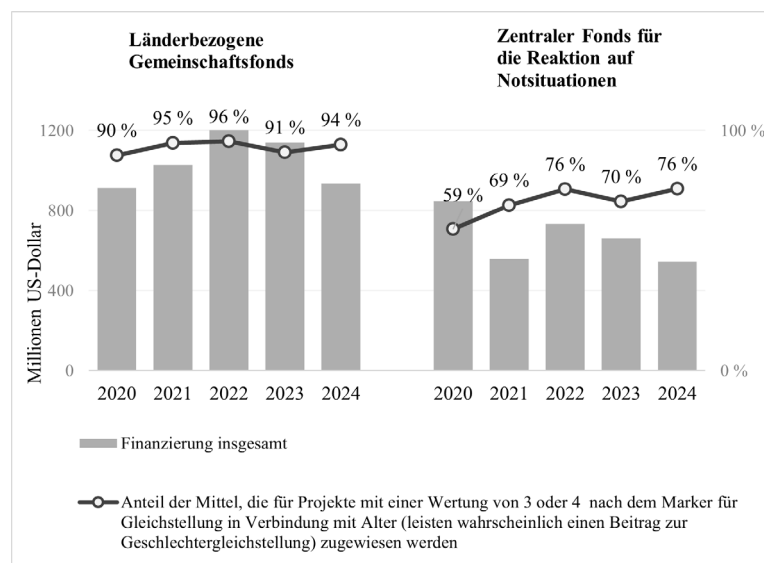
*Anmerkung:* Der Anteil der 2024 für die Unterstützung der Geschlechtergleichstellung zugewiesenen Mittel in Höhe von 43 Prozent (Linie mit Dreiecken) wurde nicht auf der Projektebene, sondern auf der Ebene der Ergebnisse oder Aktivitäten erfasst. Dieser Anteil errechnet sich aus der Summe der Mittelzuweisungen für Projekte, die die Geschlechtergleichstellung als Hauptziel verfolgen (Projekte mit Geschlechtergleichstellungsmarker 3), und der Mittelzuweisungen für Projekte, die zur Geschlechtergleichstellung beitragen (Geschlechtergleichstellungsmarker 1 und 2).

97. 2024 arbeitete das in der Hauptabteilung Politische Angelegenheiten und Friedenskonsolidierung angesiedelte Büro zur Unterstützung der Friedenskonsolidierung bei mehreren geschlechtersensiblen Initiativen mit internationalen Finanzinstitutionen, insbesondere der Weltbank, zusammen. Dabei ging es unter anderem um die Unterstützung eines Plans für strategische Zusammenarbeit zwischen der Spotlight-Initiative und der Weltbank, der auf die Bekämpfung von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern und von Gewalt gegen Frauen und Mädchen in Konfliktsituationen abzielt, sowie um ein Projekt der Vereinten Nationen und der Weltbank in der Demokratischen Republik Kongo, das die Teilhabe von Frauen an Friedenskonsolidierungs- und Stabilisierungsbemühungen betrifft. Im Zuge des beginnenden Erholungs- und Wiederaufbauprozesses in von Gewalt und Kriegen zerrütteten Ländern ist es wichtig, dass die an der Entwicklungsfinanzierung beteiligten Partner, darunter die multilateralen Entwicklungsbanken, im Rahmen der Finanzierung nach Konflikten geschlechtsspezifische Folgenabschätzungen vornehmen, um sicherzustellen, dass die Wiederherstellungsmaßnahmen allen zugutekommen.

98. Was humanitäre Fonds betrifft, so diente der Gleichstellungs- und Altersmarker weiter als Richtschnur für Mittelzuweisungen aus allen vom Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten und vom Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen verwalteten länderbezogenen Gemeinschaftsfonds. 2024 wurden aus den länderbezogenen Gemeinschaftsfonds 935 Millionen Dollar (94 Prozent der Gesamtmittel) und aus dem Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen 545 Millionen Dollar (74 Prozent der Gesamtmittel) für Projekte bereitgestellt, die zur Geschlechtergleichstellung in allen Altersgruppen beitragen (siehe Abbildung VIII).

Abbildung VIII

**Aus dem Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (CERF) und den länderbezogenen Gemeinschaftsfonds (CBPFs) zugewiesene Mittel für Projekte, die zur Geschlechtergleichstellung beitragen, gemessen durch den Gleichstellungs- und Altersmarker, 2020-2024**



*Quelle:* Die Daten zum Gleichstellungs- und Altersmarker stammen aus der Datenbank länderbezogener Gemeinschaftsfonds, verfügbar unter [https://cbpf.data.unocha.org/#gam\\_heading](https://cbpf.data.unocha.org/#gam_heading) (abgerufen im Juni 2025), und aus dem jährlichen Ergebnisbericht des Zentralen Fonds für die Reaktion auf Notsituationen (abgerufen im Juni 2025).

99. 2024 stieg der Anteil der aus den länderbezogenen Gemeinschaftsfonds zugewiesenen Mitteln für von Frauen geführte Organisationen in humanitären Kontexten an den insgesamt ausgezahlten Mitteln (101,6 Millionen Dollar) von 7 auf 11 Prozent – ein stetiger, wenn auch mäßiger Schritt hin zu der im „Grand Bargain“ zur Finanzierung humanitärer Maßnahmen und in Leitlinien für die Finanzierung von Frauen geführter Organisationen aufgestellten Zielmarke von 15 Prozent. Allen Beiräten der länderbezogenen Gemeinschaftsfonds muss nun mindestens eine Vertreterin einer von Frauen geführten Organisation angehören, wodurch die Sichtbarkeit und die Mitsprache von Frauen bei Entscheidungen über Mittelzuweisungen verbessert werden konnten. Dennoch sind die Fortschritte in den einzelnen Ländern nach wie vor uneinheitlich. So flossen 2024 in Sudan nur 3 Prozent der Mittel aus dem Humanitären Fonds für Sudan an von Frauen geführte Organisationen.

100. Seit dem Erscheinen des Berichts von 2024 ist der Bedarf an Finanzmitteln speziell für frauengeführte Organisationen noch dringlicher geworden, da Frauenorganisationen in Konflikt- und Krisensituationen ernsthaft vom Zusammenbruch bedroht sind. Etwa 69 Prozent der vom Fonds für Frauen in der Friedensarbeit und humanitären Hilfe unterstützten zivilgesellschaftlichen Organisationen gaben 2024 an, bei einer sofortigen Beendigung ihrer externen Finanzierung nicht länger als sechs Monate fortbestehen zu können.<sup>93</sup> 2024 warb der Fonds 65,9 Millionen Dollar für lokale Frauenorganisationen und Aktivistinnen an vorderster Front und damit den höchsten jährlichen Betrag seiner Geschichte ein. Seit seiner Einrichtung 2016 hat der Fonds über 1.600 lokale Frauenorganisationen in 49 von Krisen betroffenen Ländern unterstützt. Darüber hinaus mobilisierte er im Rahmen seiner globalen Kampagne „Investieren in Frauen“ neue Finanzmittel im Umfang von 123 Millionen Dollar (Stand: August 2025) für lokale Frauenorganisationen.<sup>94</sup> Die Kampagne läuft bis Ende 2025.

## V. Arbeit des Sicherheitsrats

101. 2024 enthielten mehr als 60 Prozent der vom Sicherheitsrat angenommenen Beschlüsse geschlechtsspezifische Formulierungen, was einen leichten Anstieg gegenüber dem Vorjahr und um fast 50 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 2000 darstellt. Im selben Jahr erhöhten sich zudem sowohl die Zahl der Frauen aus der Zivilgesellschaft, die den Sicherheitsrat unterrichteten, als auch der Frauenanteil unter denjenigen, die nach Regel 39 der vorläufigen Geschäftsordnung des Rates eingeladen wurden, und unter den Mitgliedern von Gruppen und Sachverständigengruppen, die Sanktionsausschüsse unterstützen, sowie die Zahl der Sitzungen, bei denen der Situation von Frauen und Mädchen besondere Aufmerksamkeit galt, und die Zahl der gemeinsamen Erklärungen der Unterzeichnerstaaten der Gemeinsamen Verpflichtungen in Bezug auf Frauen und Frieden und Sicherheit, eine Initiative, der sich seit 2022 22 Ratsmitglieder angeschlossen haben. UN-Frauen führte ihre jährliche Erhebung von Daten zu Repressalien gegen Vertreterinnen der Zivilgesellschaft, die den Sicherheitsrat unterrichteten, fort. 2024 antworteten 25 der 55 Frauen aus der Zivilgesellschaft, die zur Unterrichtung des Sicherheitsrats eingeladen worden waren, und sieben von ihnen meldeten Repressalien, die von Verleumdungskampagnen und Cyberangriffen bis hin zu Razzien in ihren Büros reichten. Dieser Anteil entspricht in etwa den Erhebungsergebnissen von 2023 und 2022.

102. Einige dieser Zahlen deuten auf eine klare Trendwende gegenüber der Entwicklung vor nur wenigen Jahren hin. 2024 bestand bei den 464 Personen, die nach Regel 39 zur

<sup>93</sup> Siehe <https://wphfund.org/wphf-global-cso-survey-findings-on-women-peace-and-security-and-humanitarian-action/>.

<sup>94</sup> Siehe <https://wphfund.org/investinwomen/>.

Unterrichtung des Sicherheitsrats eingeladen wurden, Geschlechterparität. Die Sachverständigengruppen der Sanktionsausschüsse weisen einen gegenüber 2016 mehr als doppelt so hohen Frauenanteil auf und sind nahezu paritätisch besetzt. In den letzten zehn Jahren haben 338 Frauen aus der Zivilgesellschaft den Sicherheitsrat unterrichtet. Zwischen 2000 und 2014 waren es nur 17. In der ersten Jahreshälfte 2025 ging die Zahl der Frauen aus der Zivilgesellschaft, die zur Unterrichtung des Sicherheitsrats eingeladen wurden, jedoch deutlich zurück.

103. Analysen und Plädoyers im Zusammenhang mit Frauen und Frieden und Sicherheit sind vermehrt verfügbar und in wichtige Entscheidungen eingeflossen. Dem Sicherheitsrat ist es gelungen, Bestimmungen zu diesem Thema in den Resolutionen zur Verlängerung der Mandate der Missionen der Vereinten Nationen in Abyei, Libyen, Südsudan, der Zentralafrikanischen Republik und Zypern aussagekräftiger zu formulieren. Zudem stellte der Sicherheitsrat klar, dass Handlungen sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt einen Grund für eine Nennung in der vom Ausschuss des Sicherheitsrats nach den Resolutionen [1267 \(1999\)](#), [1989 \(2011\)](#) und [2253 \(2015\)](#) betreffend die Organisation Islamischer Staat in Irak und der Levante (Daesh), Al-Qaida und mit ihnen verbundene Personen, Gruppen, Unternehmen und Einrichtungen geführten Sanktionsliste darstellen können. Bei den meisten der Personen, gegen die seit Dezember 2023 Sanktionen verhängt wurden, insbesondere aus Haiti, der Demokratischen Republik Kongo und Sudan, wurde sexuelle Gewalt als Grund für ihren Listeneintrag genannt. Unter anderem forderte der Sicherheitsrat, dass Überlebende sexueller Gewalt in Konflikt- und Postkonfliktsituationen ungehinderten und raschen Zugang zu einer Versorgung im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit ohne jede Diskriminierung erhalten und dass Frauen, die Angehörige von vermissten Personen sind, Zugang zum Sorgerecht für ihre Kinder sowie zu Eigentums- und Landrechten erhalten, was zum Zeitpunkt der Abfassung dieses Berichts besonders in der Arabischen Republik Syrien relevant ist. In mehreren Fällen griff der Sicherheitsrat Empfehlungen der Informellen Sachverständigengruppe für Frauen und Frieden und Sicherheit auf, die 2024 unter dem Vorsitz der Schweiz und Sierra Leones stand.

104. Einige der genannten Beschlüsse wurden bislang jedoch nicht umgesetzt. Der Sicherheitsrat hat ein mit der Afrikanischen Union, der Liga der Arabischen Staaten und anderen wichtigen regionalen Akteuren abgestimmtes Engagement des Persönlichen Gesandten des Generalsekretärs für Sudan zugunsten der Einbeziehung von Frauen in Bemühungen um die Förderung des Friedens und eines inklusiven und umfassenden politischen Prozesses befürwortet. Da die kriegführenden Parteien jedoch nach wie vor abgeneigt sind, in redlicher Absicht auf eine Beendigung des Konflikts hinzuwirken, beschränken sich die Bemühungen um die Mobilisierung von Frauen häufig auf am Rande abgehaltene Treffen, während der Krieg weitergeht. Mehrere Resolutionen des Sicherheitsrats zu Afghanistan enthielten die klare Forderung an die Taliban, die Beschränkungen aufzuheben, allerdings erfolglos. 2024 genehmigte der Ausschuss des Sicherheitsrats nach Resolution [1988 \(2011\)](#) 25 Ausnahmen von dem Reiseverbot für mit Sanktionen belegte Taliban-Führer gegenüber 16 im Jahr 2023 und 5 im Jahr 2022.

## VI. Schlussfolgerungen und Empfehlungen

105. Das Thema Frauen und Frieden und Sicherheit steht seit einem Vierteljahrhundert auf der Tagesordnung des multilateralen Systems. Von jeher sind Jahrestage geeignete Anlässe, um Bilanz zu ziehen und Verpflichtungen zu erneuern, doch ist dieses Jubiläum aufgrund der zunehmenden Konflikte und ihrer Auswirkungen auf Millionen von Frauen und Mädchen von besonderer Bedeutung. Im September 2024 verabschiedete die Generalversammlung den Zukunftspakt, mit dem sich die Unterzeichnerstaaten erneut zur Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung und zur Stärkung aller Frauen und Mädchen bekannten. Er

war ein wichtiges Zeichen dafür, wie stark diese Politikagenda ist, doch gehen die ambitionierten Verpflichtungen häufig mit schwacher Umsetzung einher und leiden unter chronischer Unterfinanzierung. Der 25. Jahrestag der Verabschiedung der Resolution 1325 (2000) und der 30. Jahrestag der Annahme der Aktionsplattform von Beijing sorgen vor dem Hintergrund weltweiter Schlagzeilen, die Rückschritte bei der Verfolgung unserer globalen Ziele in den Bereichen Geschlechtergleichstellung sowie Frauen und Frieden und Sicherheit beleuchten, für zusätzliche Aufmerksamkeit und Erwartungen. Es kann nicht angehen, dass diese Jahrestage nur rein symbolischen Charakter haben, sondern sie müssen Wendepunkte markieren. Die internationale Gemeinschaft muss ihren Worten Taten folgen lassen und Prävention, Konfliktlösung, Diplomatie und inklusiven Multilateralismus zum Kernstück ihrer Reaktionen auf die Krisen der Gegenwart machen. Die nächsten fünf Jahre müssen messbare Ergebnisse erbringen: mehr Konflikte, die durch inklusive politische Lösungen beendet werden, mehr Frauen, die direkt an Friedensabkommen, Sicherheitssektorreformen und Wiederaufbauplänen mitwirken, und mehr Überlebende von Gewalt, die Zugang zu Gerechtigkeit, Wiedergutmachung und Schutz erlangen. Um diese Ergebnisse zu erreichen, bedarf es eines politischen Willens, der durch Ressourcen, zweckgebundene Mittel, Quoten, Zielvorgaben, Anreize, verbindliche Vorgaben und Rechenschaft untermauert wird.

106. Nachstehend sind die wichtigsten Maßnahmen aufgeführt, zu deren Ankündigung ich die Mitgliedstaaten im Kontext dieser Jahrestage auffordere. Sie würden die Umsetzung dieser Politikagenda insgesamt erheblich beschleunigen und so all denen, die sich für Frauen und Frieden und Sicherheit einsetzen, neue Impulse und Hoffnung geben:

a) **Finanzierung.** Die von den Vereinten Nationen empfohlenen Mindestvorgaben für die Finanzierung erfüllen und die Vielzahl der globalen Konferenzen und Sitzungen des Sicherheitsrats zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit nutzen, um über die Einhaltung Bericht zu erstatten, auch in Bezug auf die Mindestvorgaben für die Finanzierung der Geschlechtergleichstellung und der Teilhabe der Frauen: 1 Prozent der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit werden für Frauenorganisationen in konfliktbetroffenen Ländern und 15 Prozent für Geschlechtergleichstellung als Hauptziel bereitgestellt; mindestens ein Drittel der an Friedensprozessen Teilnehmenden sind Frauen; Parität bei allgemeinen Friedens-, Sicherheits- und Politikprozessen;

b) **Teilhabe.** Zielvorgaben und Quoten für die volle, gleichberechtigte, konstruktive und sichere Teilhabe von Frauen an allen von den Mitgliedstaaten finanzierten oder von der Beteiligung von Frauen profitierenden Mechanismen, die von Friedensverhandlungen und nationalen Dialogen über Reformen des Sicherheitssektors, Entwaffnung, Demobilisierung und Wiedereingliederung bis hin zu Komitees in Flüchtlingslagern und Gremien für Unrechtsaufarbeitung sowie Rechenschaftsorganen reichen, festlegen und eine aktuelle Berichterstattung über diese Teilhabe vorschreiben;

c) **Rechenschaft.** Diejenigen, die für jegliche Akte geschlechtsspezifischer Gewalt, darunter sexuelle Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten, reproduktive Gewalt und Verfolgung aufgrund der Geschlechtszugehörigkeit, verantwortlich sind, über nationale oder internationale Gerichte zur Rechenschaft ziehen, auch durch Anwendung des Grundsatzes der universellen Gerichtsbarkeit im Einklang mit dem Völkerrecht;

d) **Schutz.** Eine Nulltoleranzpolitik in Bezug auf jegliche gezielte Gewalt gegen in der Friedenskonsolidierung tätige Frauen, Menschenrechtsverteidigerinnen und andere Frauen im öffentlichen Leben durchsetzen;

e) **Sanktionen.** Spezifische und zielgerichtete Sanktionen gegen Personen verhängen, die schwere Verletzungen der Rechte von Frauen begehen, und die Aufhebung dieser Sanktionen von nachweislichen und überprüfbaren Anstrengungen zur Verhütung derartiger Verletzungen und zur Reaktion darauf abhängig machen;



f) **Institutionalisierung.** Aktionspläne zum Thema Frauen und Frieden und Sicherheit im nationalen Recht verankern und sicherstellen, dass diese Pläne voll finanziert und regelmäßig überwacht werden;

g) **Wirtschaftliche Rechte und Eigentumsrechte.** Änderungen in Bezug auf Beschäftigungspolitik, Sozialschutzsysteme, Zugang zu Grund und Boden, Wohnraum, Erbschafts- und Eigentumsrechte, Wiederaufbaupläne und Finanzierung nach Konflikten einführen, die die wirtschaftliche Sicherheit von Frauen grundlegend verbessern;

h) **Unterstützung für Frauenorganisationen.** Die institutionelle Praxis und die Risikoschwellen in der Geberpolitik dergestalt ändern, dass vielfältige lokale Frauenorganisationen, einschließlich derjenigen, die sich mit eher heiklen und umstrittenen Themen wie sexuellen und reproduktiven Rechten, sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität befassen, in Konfliktsituationen und Vertreibungskontexten leichter Zugang zu hochwertiger, direkter, flexibler und beständiger Finanzierung erlangen;

107. 2020 formulierte ich fünf Ziele im Bereich Frauen und Frieden und Sicherheit für die Dekade bis 2030 (S/2020/946, Ziff. 113). In meinen seitdem vorlegten Jahresberichten habe ich für jedes dieser Ziele Empfehlungen ausgesprochen. Das letzte dieser Ziele besteht in einer Revolution bei geschlechtsspezifischen Daten, die die wichtigsten Informationslücken schließt und die Öffentlichkeit in Echtzeit erreicht. Die nachstehenden Empfehlungen richten sich an verschiedene Interessenträger in diesem Bereich:

a) **In Datenkooperationen und -partnerschaften investieren und eine nachhaltige Finanzierung für die Produktion und Nutzung geschlechtsspezifischer Daten in Krisensituationen gewährleisten.** Die Mitgliedstaaten und Geber werden ermutigt, in eine langfristige, flexible Finanzierung zu investieren, um Systeme für geschlechtsspezifische Daten zu stärken, institutionelle und lokale Kapazitäten – auch bei Frauenorganisationen – aufzubauen sowie Innovationen und die Nutzung nicht traditioneller Quellen, etwa bürgergenerierte Daten und Massendaten, zu unterstützen. Für die Erstellung aktueller und kontextspezifischer geschlechtsdifferenzierter Daten ist eine engere Zusammenarbeit zwischen nationalen statistischen Ämtern, Friedens- und humanitären Akteuren, der Zivilgesellschaft und Forschungseinrichtungen unerlässlich;

b) **Im gesamten System der Vereinten Nationen geschlechtsspezifische Analysen zu einem institutionellen Bestandteil humanitärer Maßnahmen, der Krisenreaktion, der Friedenskonsolidierung und des Wiederaufbaus und der Wiederherstellung nach Konflikten machen.** Diese Umstellung erfordert spezielle technische Kapazitäten, standardisierte Instrumentarien und zweckgebundene Ressourcen – insbesondere innerhalb von Landesteams der Vereinten Nationen, Untersuchungsmechanismen, humanitären Landesteams und Institutionen der Vereinten Nationen mit Präsenz in Konflikt- und Krisengebieten. Die Fähigkeit zur Überwachung und sicheren Meldung von sexueller Gewalt im Zusammenhang mit Konflikten muss gewahrt und ausgeweitet werden, und robuste Daten und geschlechtsspezifische Analysen zur Teilhabe von Frauen an Entscheidungsprozessen beziehungsweise zu ihrem Ausschluss davon sowie in Bezug auf den Justiz- und Sicherheitssektor sollten regelmäßig genutzt werden, unter anderem auch im Sicherheitsrat und in anderen Foren und Kanälen;

c) **Durch den verantwortungsvollen Einsatz von Technologien Innovationen in Bezug auf geschlechtsspezifische Daten fördern.** Die sich fortentwickelnde digitale Landschaft birgt neue Herausforderungen, aber auch Chancen für die Generierung geschlechtsspezifischer Echtzeitdaten, insbesondere in fragilen und schwer zugänglichen Gebieten. Um dieses Potenzial auszuschöpfen, müssen in Partnerschaft mit dem Technologie-, Telekommunikations- und Datensektor inklusive und sichere digitale Instrumente auf der Grundlage strenger ethischer und ordnungspolitischer Standards entwickelt werden, die

dazu dienen, personenbezogene Daten zu schützen, Fehlinformationen entgegenzuwirken und den digitalen Zugang sowie die Sicherheit von Frauen und marginalisierten Gruppen physisch und online zu gewährleisten, unter anderem durch die Finanzierung der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen;

d) **Die Aufschlüsselung von Daten zu allen Aspekten der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit verbessern.** Die Daten sollten systematisch nach Geschlecht, Behinderung, Alter und anderen maßgeblichen Faktoren aufgeschlüsselt werden. Diese Praxis ist entscheidend wichtig dafür, die spezifischen Erfahrungen von Frauen aus marginalisierten Gruppen in Konfliktkontexten zu verstehen, inklusive Strategien und Ansätze zu entwickeln und sicherzustellen, dass bei den Bemühungen um Friedenskonsolidierung, Schutz, humanitäre Hilfe und Wiederherstellung niemand zurückgelassen wird.

108. Die Kernprinzipien der Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit sind so dringlich und gültig wie eh und je, doch muss ihre Umsetzung kontinuierlich an die Herausforderungen der Zeit angepasst werden. In den kommenden Jahren wird es äußerst wichtig sein, dass die Mitgliedstaaten ihre Unterstützung für diese Agenda daran messen können, wie viele Frauen unmittelbar an Friedens- und Sicherheitsprozessen teilhaben oder Hilfe in Form von Gerechtigkeit, Wiedergutmachung, Dienstleistungen oder Asyl erhalten. Die internationale Gemeinschaft hat sich in den vergangenen 25 Jahren eingehend mit grenzüberschreitender Sicherheit und internationalen Rechtsinstitutionen, jedoch nicht ausreichend mit dem Aufbau sozialer Bewegungen und der Förderung eines Wandels der gesellschaftlichen Normen befasst. Frauen und Frieden und Sicherheit ist in den Hauptstädten der Welt und selbst in den wichtigsten Städten der von Konflikten betroffenen Länder ein viel beachtetes Thema, doch in die abgelegenen Gebiete, in denen die Herausforderungen am größten sind, dringen die entsprechenden Informationen, Finanzmittel, konkreten Politikmaßnahmen und Dienste in der Regel nicht vor. Der künftige Erfolg der Agenda wird davon abhängen, ob es mit ihr gelingt, generationenübergreifend neue Zielgruppen anzusprechen und in der Jugend eine Chance für Beharrlichkeit und Erneuerung zu sehen.

109. Trotz widriger Umstände und lebensbedrohlicher Bedingungen stehen Frauen, die in der Friedenskonsolidierung tätig sind, bei allen diesen Krisen weiter an vorderster Front. Ihre universelle Botschaft an Regierungen und bewaffnete Akteure ist unmissverständlich: Beendet die Kriege, achtet das Völkerrecht und legt die Waffen nieder. Diese Forderungen bilden das Herzstück der Charta der Vereinten Nationen und sind der Grund dafür, dass diese Organisation überhaupt existiert. Die Alternative wäre ein Zusammenbruch der internationalen Ordnung, den sich die Menschheit nicht leisten kann. Die Vereinten Nationen werden auch künftig an den Grundsätzen, die die Agenda für Frauen und Frieden und Sicherheit prägen, sowie an denen festhalten, die unseren Auftrag und unsere Charta untermauern.